Einzelnummer 15 Pfg.

Volksstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von 1/2 12—1/2 1 Uhr.

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei)
für den Regierungsbezirk Merseburg
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter"
täglich nachmittags 2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407
Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 16 | Bezugspreis: Monatlich 2.25 Mk. frei Haus. Bei Abholung 2.00 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 6.00 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 15 Pfennig. | Halle, Dienstag, den 20. Januar 1920 | Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Millimeter-Zeile 30 Pfennig, im Reklameteil Millimeter-Zeile 80 Pfennig. – Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 9 Uhr – | 4. Jahrgang

Neuer Zündstoff!

Die Entente note an Holland, die die Auslieferung des Kaisers verlangt, ist am 16. Jan. übergeben und jetzt veröffentlicht worden. Sie zählt alle die Schuld auf, die Wilhelm II. auf sein Haupt geladen hat und erwartet von der holländischen Regierung, daß sie den „Haupturheber" alles Elends nicht beschützen, sondern ausliefern werde.

W. V. Am 10. Januar ist der Friede in Kraft getreten. Deutschland hat durch die vollzogene Unterschrift seiner beauftragten Vertreter die Verpflichtung übernommen, den Friedensvertrag als rechtsverbindlich zu betrachten und die damit übernommenen Verpflichtungen nach bestem Gewissen bis zur Grenze des Möglichen zu erfüllen. Auch Artikel 227 des Friedensvertrages wird also in Kraft treten. Er lautet:

Die alliierten und assoziierten Mächte stellen Wilhelm II. von Hohenzollern, vormaligen Kaiser von Deutschland, wegen schwerster Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der Heiligkeit der Verträge unter öffentlicher Anklage.

Ein besonderer Gerichtshof wird eingesetzt, um über den Angeklagten unter Wahrung der wesentlichen Bürgschaften des Rechts auf Verteidigung zu Gericht zu sitzen. Der Gerichtshof besteht aus fünf Richtern, von denen je einer von folgenden fünf Mächten, nämlich den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan, ernannt wird.

Der Gerichtshof urteilt auf Grundlage der erhabensten Grundsätze der internationalen Politik; Richtschnur ist für ihn, den feierlichen Verpflichtungen und internationalen Verbindlichkeiten ebenso wie dem internationalen Sittengesetz Achtung zu verschaffen. Es steht ihm zu, die Strafe zu bestimmen, deren Verhängung er für angemessen erachtet.

Die alliierten und assoziierten Mächte werden an die Regierung der Niederlande das Ersuchen richten, den vormaligen Kaiser zum Zwecke seiner Aburteilung auszuliefern.

Es ist nicht zu verkennen, daß hier ein Punkt ist, der geeignet ist, einen neuen Zündstoff abzugeben für die Reaktion, der die Regierung und mit ihr das ganze deutsche Volk in neue, unübersehbare Schwierigkeiten bringen kann. Jetzt, wo die Entente die Forderung auf Auslieferung gestellt hat, ist es an der Zeit, ein ernstes Wort dazu zu sagen.

Als die Frage der Annahme des Friedens im vorigen Sommer akut und in Weimar Gegenstand der schwierigsten Entschlüsse der Nationalversammlung war, erklärte Eduard Bernstein, gewiß ein in der Internationale als aufrechter und das Recht über alles stellender Politiker anerkannter Sozialdemokrat auf dem gerade in Berlin tagenden Sozialistentag die diesbezüglichen Forderungen als

eine ungeheuerliche Rechtlosigkeit,

betonte aber gleichzeitig, daß wir notgedrungen trotzdem Frieden schließen müßten unter Protest an alle Welt, der es gesagt werden müsse, daß ein derartiges parteiisches Gerichtsverfahren allen internationalen Rechtsgrundsätzen ins Gesicht schlage. — Dies muß auch heute noch unsere Richtschnur sein. Wir Sozialdemokraten haben an dem Schicksal weiland Wilhelm II. von Amerongen in seiner Eigenschaft als ehemaliger deutscher Kaiser, der unsendlich herrlichen Zeiten des völligen Zusammenbruchs entgegengeführt hat, keinerlei Interesse. Was die Geheimarchive des Auswärtigen Amtes, was die Akten über die Vorgänge vor Kriegsausbruch bargen, was man — hätte die Presse den Raum nur! — darüber veröffentlichen könnte, ein wie gerüttelt Maß von Mitschuld Wilhelm von Hohenzollern an dem Kriegsverbrechen trägt, das ist so viel und zeigt eine solche Summe von „schwerster Verletzung des internationalen Sittengesetzes", daß jedes Vorgehen gegen ihn verständlich wird. Anders die Frage vom Standpunkte des allgemeinen Menschenrechts. Mag man noch so sehr geneigt sein, dem Anklagten der Entente auch dieses nur mehr in beschränktem Maße zuzubilligen: es läuft allem Völkerrecht diametral zuwider, einen Bürger eines Staates vor einen Gerichtshof zu stellen, der sich aus Kriegsgegnern dieses Staates zusammensetzt. Das muß festgehalten werden, wo es sich darum handelt, daß die Entente die Rechtlosigkeit zur Tat werden lassen will. Der hohe Rat hat an Holland das Ersuchen gerichtet,

Wilhelm auszuliefern.

Allen internationalen Gepflogenheiten gemäß wird die holländische Regierung diesem Verlangen nur stattgeben, wenn Deutschland seine Zustimmung dazu gibt. Es ist also ein entsprechender Notenwechsel bereits in nächster Zeit zu gewärtigen. Wie muß demgegenüber die Haltung der deutschen Regierung sein? Der Artikel 227 des Friedensvertrages besagt nichts von einer Mitwirkung Deutschlands bei der Auslieferung. Es versteht sich aber von selbst, daß, weil der einem fremden Staat auszuliefernde Angeklagte zufällig eine Majestät a. D. ist, nicht von dem internationalen Gebrauch gewichen werden wird. — Diese ganze Sachlage ist in ihrer Problematik nur einem zu Nutz: der reaktionären deutschen Agitation, die sich mit Elan auf dieses neue Propagandamittel stürzt und es weidlich ausschlachtet. Vereinigungen zum Schutze Wilhelms II. sprießen an allen Ecken und Enden auf, ein Meer von Flugblättern überschwemmt die Lande, die alldeutsche Presse hat den langgesuchten Stoff zu neuem Aufputschen der Leutnants a. D., Oberleyrer und kaisertreuen Tanten, die nicht nur vor Entrüstung triefen, sondern auch zu neuen Umsturzgedanken begeistert werden.

Es lohnt heute, nachdem die Sache soweit gediehen ist, nicht mehr, ein Klagelied über die Kurzsichtigkeit der Entente, die nur dem sonst bankerotten monarchistischen Gedanken in Deutschland durch ihr Beginnen vorarbeitet, anzustimmen. Es muß gehandelt werden. Es muß zweifellos jeder Schritt, die Auslieferung zu verhindern, unterbleiben, und die Regierung wird überdies in Ausübung ihrer mit dem Friedensvertrage übernommenen Pflichten nichts dagegen einzuwenden haben dürfen, wenn Holland bei ihr anklopft. Es wird aber die Pflicht der Regierung sein, in einem

Appell an die gesamte zivilisierte Welt,

wenn sie in Deutschland befindliche weitere Angeklagte der Entente ausliefern muß (Artikel 228 des Vertrages), kundzutun, daß sie Protest erhebt gegen solche Vergewaltigung des internationalen Rechts. Daß sie die Entscheidung eines unparteiischen neutralen Gerichtshofes verlangt, vor den auch jene Kriegstreiber und Kriegsverbrecher gestellt würden, die den Ententeländern angehören. Denn auch Deutschland wäre immerhin in der Lage, eine Liste solcher Leute, die, wie es im Versailler Vertrage heißt, gegen „die Gesetze und Gebräuche des Krieges verstoßen" haben, aufzustellen.

Alles das aber ist eine Angelegenheit des gesamten deutschen Volkes und kann unter keinem, denn dem hier dargelegten Gesichtspunkt zu Recht betrachtet werden. Alle neue hieraus resultierende Brandstiftung durch die Reaktion muß die Regierung rücksichtslos unterdrücken. Sie wird den geraden Weg des Rechtes gehen und den Friedensvertrag auch in dieser Beziehung erfüllen. Die Schuld der Entente allein ist es, wenn so in Deutschland neuer Zündstoff sich entlädt. Um so mehr wird es unsere Pflicht, auf dem Posten zu sein und auch diese neuen Hindernisse zu überwinden im Hinblick auf die hohen Ziele, die unser harren: **den Aufbau eines neuen Deutschlands, gegründet auf das allein gültige Recht des freien Volkes.**

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

WTB. Berlin, 19. Januar. (Drahtnachricht.) **Die Reichsstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß der Abtransport der Kriegsgefangenen aus Frankreich am Dienstag, den 20. Januar, beginnt. Es werden zunächst die im linksrheinischen Gebiet beheimateten Gefangenen zurückbefördert. Die ersten Transporte treffen am Mittwoch, den 21. Januar, in den Durchgangslagern Emmerich, Eschweiler und Düren ein. Die nachfolgenden werden über Worms und Griesheim geleitet.**

Der Reichskanzler über das Auslieferungsbegehren.

Wie die „Voss. Ztg." aus Rotterdam berichtet, sagte Reichskanzler Bauer in einer Unterredung mit dem Vertreter der „United Preß", daß das deutsche Volk die Urheber von Kriegsverbrechen nicht ihrer Strafe entziehen wolle, daß es sich aber gegen die Auslieferung an Gerichte sträube, die aus früheren Feinden zusammengesetzt sind. Der Reichskanzler sei überzeugt, daß durch ein Abkommen über die Zusammensetzung unabhängiger Gerichtshöfe die deutsche Oeffentlichkeit beruhigt werden könne.

Das neue französische Kabinett

Paris, 19. Jan. (Havas.) Das neue Ministerium ist folgendermaßen zusammengesetzt: Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen: Millerand, Justizminister: L'Hopitean, Minister des Innern: Honnorat, Kriegsminister: André Lefèvre, Marineminister: Landry, Handelsminister: Isaac, Landwirtschaftsminister: Henri Picard, Finanzminister: François Marsal, Kolonialminister: Albert Sarraut, Minister der Öffentlichen Arbeiten: Lestrosuez, Unterrichtsminister: Victor Berard, Arbeitsminister: Jourdain, Minister für soziale Arbeit und Hygiene: Breton.

Die Uebergabe an Polen.

Breslau, 19. Jan. Das Generalkommando des 6. Armeekorps teilt mit: Die dritte Zone der an Polen abzutretenden Gebiete wurde am 19. Januar ohne Zwischenfall geräumt. Die militärische Räumung ist damit beendet. Unsere Truppen stehen seit 12 Uhr mittags westlich der vorläufigen Grenzlinie.

Volle Arbeit im Grubenbezirk.

M. Essen, 19. Jan. Der Bergarbeiterstreik ist sowohl im Hamborner Revier, als auch im linksrheinischen Kohlenbezirk beendet. Heute wird auf allen vom Streik betroffenen Zechen wieder voll gearbeitet.

Ende des sächsischen Eisenbahnerstreiks.

WTB. Chemnitz, 19. Januar. (Drahtnachricht.) Die Chemnitzer Eisenbahnarbeiter haben sich mit überwiegender Mehrheit für die Wiederaufnahme der Arbeit unter Vorbehalt ausgesprochen. Dienstag früh wird der Betrieb in vollem Umfange wieder aufgenommen. Leipzig und Zwickau haben sich diesem Beschluß angeschlossen.

Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs in Bayern

München, 20. Jan. Laut amtlicher Mitteilung wird der Personenverkehr in Bayern am Dienstag teilweise wieder aufgenommen. Auf jeder Hauptbahnstrecke wird ein Personenzug verkehren. Wegen fortdauernder Kohlennot ist jedoch damit zu rechnen, daß auch dieser vorläufige Verkehr bald wieder eingestellt werden muß. Die Schnellzüge D 21 ab München und D 26 ab Berlin verkehren erstmals ab Donnerstag.

Scheidemann Oberbürgermeister.

Kassel, 19. Jan. Heute hat die Einführung des ehemaligen Ministerpräsidenten Scheidemann in sein Amt stattgefunden, der im Dezember zum Oberbürgermeister gewählt wurde.

Das Ende der Sowjet-Blockade.

TU. Kopenhagen, 19. Jan. Der Beschluß des Obersten Rates, die Blockade gegen Rußland teilweise aufzuheben, hat nach einem Pariser Telegramm wie eine Bombe auf die Pariser Presse gewirkt. Wenn auch gleichzeitig erklärt wird, daß dieser Beschluß keine Aenderung in der Haltung der Alliierten gegen die Sowjetregierung bedeutet, so versteht man doch, daß die Entente jetzt ihren Plan, eine Mauer von alliierten und neutralen Staaten mit der Blockade als Hauptmittel um Rußland zu legen, aufgehoben hat.

Rotterdam, 19. Jan. „Evening Standard" teilt mit, daß das Departement für den Außenhandel einen Plan für den Handel mit Rußland ausgearbeitet hat, nach dem die englische Regierung die englischen Kaufleute gegen die Gefahren des Handels mit Rußland versichern wird. Das englische Schatzamt hat für diesen Zweck 17 Millionen Pfund Sterling bereitgestellt. Nötigenfalls wird die Genehmigung des Unterhauses für einen weiteren Kredit von 25 Millionen Pfund nachgesucht werden.

Wetterwolken im Ruhrrevier.

Von Montanus Reinicke.

Im Ruhrrevier ziehen sich schwarze Wetterwolken zusammen. Kommen sie zur Entladung, so ist es um unsere Wirtschaft geschehen; denn steht unsere ganze Lebensmöglichkeit als Industrievolk auf dem Spiel. Den Spartakisten, Syndikalisten und den Unabhängigen, die seit ihrem Leipziger Parteitag aufgehört haben, Sozialdemokraten zu sein, geht's ums Ganze. Sie wollen mit dem Kopf durch die Wand, und wenn auch dabei die ganze Wirtschaft in Trümmer geht. Sie suchen durch die überlebtesten Forderungen die Leidenschaft der Massen aufzustacheln und glauben dadurch die alten Bergarbeiterorganisationen zu sprengen, die ihnen in ihrem Bestreben hinderlich sind.

Der Kampf um die Sechsstundenschicht dreht im Bergbau zum zweitenmal zu entbrennen, deren Einführung unserer Wirtschaft den Garaus machen würde. Kommunistische und unabhängige Demagogen geben offen die Losung aus, vom 1. Februar ab nur

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200120-10/fragment/page=0001

sechs Stunden unter Tag zu arbeiten und die Ausfahrt nach Ablauf von sechs Stunden zu erzwingen, was nach ihrer Anrahme ohne Generalstreik geht. Gleichzeitig wird die Auszahlung einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe gefordert im Betrage von 1000 Mark für jeden verheirateten, von 600 Mark für jeden unverheirateten Bergmann und von 200 Mark für jedes Kind. Dazu kommt noch die Forderung einer Lohnerhöhung von 100 bis 150 Prozent.

Die wirtschaftliche Auswirkung solcher phantastischer Forderungen macht den Zusammenbruchstrategen keine Kopfschmerzen. Sie wollen eben den Zusammenbruch, weil sie das Köhlerglaubens sind, daß er sie zur Herrschaft führt. Ihre Spekulation ist sehr einfach: Erst wird die Lebensmittel- und Kohlenversorgung erschüttert durch die Eisenbahnerstreik. Dadurch kommen Zehntausende von Fabriken, ferner die Licht- und Kraftwerke zum Stillstand. Die dadurch bedingte Arbeitslosigkeit und der Hunger radikalisieren die Arbeitermassen und erzeugen eine solche Verzweiflungsstimmung daß die Arbeiter für jedes staatsstreicherische Experiment reif werden. Diesem Prädikat des Zusammenbruchs folgt der Zusammenbruch selbst durch die Kämpfe im Bergbau, die man willens ist herbeizuführen. Lodert dann der Brand in allen Ecken des Reichs auf, so ist der Augenblick da, die Regierung zu stürzen und die Rädiktatur einzuführen. Die lustschtige Verschleppungstaktik der bürgerlichen Parteien bei der Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes und seine Mängel selbst sind in überdies das geeignetste Mittel, um den Räteideen zu popularisieren und die Leidenschaften wachzurufen.

Soweit wäre die Rechnung der Ueberrevolutionäre ganz richtig, wenn nicht die Frage entstünde: Was dann? Ist die Räediktatur ein geeignetes Mittel, die Produktion wieder in geordneten Gang zu bringen und soweit zu steigern, daß 60 Mill. Menschen in unseren Grenzen leben können? Kann die Räediktatur das Lebensmittelproblem lösen, die Millionen Bauern auf dem platten Lande zur ergiebigeren Produktion und ihre Ablieferung zwingen, kann sie das kapitalistische Ausland zwingen, uns den Freihetrag an Lebensmitteln zu liefern und uns die dazu nötigen Kredite zu geben? Nein und wieder nein. Der Rätewahnsinn wäre das Ende der Wirtschaft und stieße uns in die grauenhafteste Hungersnot. Das Ende der Räediktatur wäre sehr schnell da und die Reaktion wäre unvermeidbar ihr Erbe.

Gegen diesen selbstmörderischen Wahnsinn muß sich der geistig gesunde Teil des Volkes mit aller Kraft zur Wehr setzen. Die Verhältnisse des russischen Belagerungszustandes über das ganze Rußerreich durch die Zwangsgewalt der Rätedictatur und notwendigen Willen zur Abwehr. Man wird über die Beeinträchtigung der Freiheit schreien. Kann man aber in einer Irrenanstalt einem geistesgestörten Mitbewohner die Freiheit lassen, sich selbst und allen anderen das Haus über den Kopf anzustecken? Kann man einem geisteskranken Matrosen die Freiheit einräumen das Schiff in den Grund zu bohren, weil er sich einbildet, er könne nur durch Kiemen atmen? Gegen Wahnsinnshilfe nur die Zwangsjacke, wenn man die Freiheit und das Leben der Gesunden schützen will.

Der Kampf gegen den bolschewistischen Wahnsinn wird im Ruhrrevier ausgefochten, das die Kommunisten und ihre unabhängigen Helfershelfer als den wichtigsten Kampfboden auserlesen, von der zutreffenden Erkenntnis ausgehend, daß das Ruhrrevier die Kerndammer des Deutschen Reiches ist. Die aufgestellten Forderungen sind unverträglich mit den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes.

Erhebliche Lohnerhöhungen sind allerdings notwendig, wenn der Bergmann in den Stand gesetzt werden soll, das zum Leben Notwendige zu kaufen. Die schwebenden Tarifverhandlungen werden ohne Zweifel starke Lohnerhöhungen bringen. Die Verbände fordern eine Erhöhung von 16 Mark auf die jetzigen Löhne je Schicht. Das scheint sehr hoch zu sein. Der Bergmann muß aber erheblich mehr verdienen als alle sonstigen Arbeiterschichten, sonst ist er im Bergbau nicht zu halten. Die Lohnerhöhung soll ihm auch einen bedeutsamen Ausgleich geben dafür, daß aus wirtschaftlichen Gründen seine Arbeitszeit zurzeit nicht im gleichen Maße gekürzt werden kann, wie die der übrigen Arbeiter.

Die einmalige Wirtschaftsbeihilfe aber, die einen sofortigen Aufwand von anderthalb Milliarden Mark für den Bergbau erfordern würde, kann seine wirtschaftliche Lage nicht ändern, weil sie unmittelbar eine entsprechende Gegenwertung nachziehen und so die Kaufkraft seines Lohnes wieder verringern würde. Es wäre nur eine Scheinhilfe, würde aber die gleiche Forderung in der ganzen Industriearbeiterschaft nach sich ziehen, was 20 Milliarden Mark benötigen würde, um die Forderung allgemein zu befriedigen. Solche Forderungen gehören zu den wirtschaftlichen Unmöglichkeiten.

Die Sechsstundenschicht wäre an und für sich berechtigt, wenn wir sie uns leisten könnten. Wir haben aber bei der jetzigen Schichtzeit von sieben Stunden in ganz Deutschland die kürzeste Kohlennot. Jede Hausfrau und jeder Industrielle weiß davon ein Lied zu singen. Könnten wir von heute auf morgen 200 000 Arbeiter im Bergbau mehr anlegen, was an der Wohnungsfrage scheitert, so könnte man die Sechsstundenschicht ohne allzugroße Gefahr einführen. Aber im Interesse unseres Wettbewerbes auf dem Weltmarkt nur dann, wenn sie international eingeführt würde. Denn wir brauchen eine Massenein fuhr an Lebensmitteln, Rohstoffen aller Art, die wir mit einer entsprechenden Warenausfuhr zahlen müssen. Ueberfreigen unsere Produktionskosten dauernd die der Konkurrenzländer, so hört die Ausfuhr und damit die lebensnotwendige Warenein fuhr auf und wir würden allmählich verhungern. Der Bergarbeiterverband forderte daher auf seiner Generalversammlung in Bielefeld im Juni 1919 die baldige internationale Regelung dieser Frage. Der Beschluß erfolgte einstimmig. Auch die unabhängigen Vertreter sind durch diesen Beschluß gebunden. Heute pfeifen sie allerdings auf ihre eigenen Beschlüsse. Christliche Hirsch-Dunckersche und Polen weichen aus niedrigen agitatorischen Gründen dem Drängen der wirtschaftlich unverantwortlichen Demagogen. Der Bergarbeiterverband dagegen legt die Entscheidung einer in wenigen Tagen zusammentretenden neuen Generalversammlung vor, nachdem seine Betriebsräte am 28. 12. mit überwiegender Mehrheit den Beschluß von Bielefeld bestätigten. Wer Verantwortungsgefühl hat, darf sich heute nicht über die Lebensinteressen der deutschen Arbeiterklasse hinwegsetzen. Das Recht auf Leben aber geht jedem Sonderideal einzelner Arbeitergruppen voraus.

Die Einführung der Sechstundenschicht würde im deutschen Bergbau einen monatlichen Ausfall von anderthalb Millionen Tonnen betragen, bei einer monatlichen Gesamtförderung von 10 Mill. Tonnen. Mit der Friedensunterzeichnung werden auch 4,7 Millionen Tonnen monatlich fällig für die Entente. Liefern wir diese Vertragsmenge nicht, so sichert sich die Entente ihren Bedarf durch die Belegung des Ruhrreviers, und die deutsche Industrie mit der deutschen Arbeiterschaft hat das Nachsehen. Die Folgen kann sich jeder selbst ausmalen. Dann wird die Entente wie im Saargebiet schrankenlos diktieren und die 8-Stundenschicht einführen.

Die Bergarbeiter könnten sich dann bei ihren kommunistischen und unabhängigen Freunden bedanken, wenn diese nicht vorziehen würden, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

Man darf die Hoffnung haben daß die Ueberzahl der Bergarbeiter der ruhig abwägenden Vernunft folgen wird, statt Utopien nachzujagen und bei der Jagd den Hals zu brechen.

Die unabhängige Schuld an dem Blutbad vor dem Reichstag.

Es gibt unabhängige Führer, denen allmählich doch das Gewissen schlägt, wenn sie auch nicht zugeben, daß der unabhängigen Partei als solchen ein gerüttelt Maß von Schuld am roten Dienstag beizumessen ist. In der beschlagnahmten Broschüre über die Vorgänge vom 13. Januar wurde die Entwaffnung und Mißhandlung der Sicherheitsfeldaten als unbedeutender Zwischenfall erklärt. Der Kron- und Augenzeuge dieser Broschüre sprach gar davon, daß die Menge mit den Grünen sich „herzlos unterhalten" hätte.

Anderer Meinung ist inzwischen Rudolf Breitscheid geworden. Er spricht in der „Leipz. Volksztg." von den Mißhandlungen der Sicherheitsfeldaten als von „verdammungswürdigen Taten, die sicher niemand verteidigen wolle". Er wirft die Frage auf, worin die behauptete Schuld der unabhängigen Partei liege und gibt selbst folgende Antwort darauf:

Um ganz gewiß zu sein, soll eines zugestanden werden: daß es nämlich besser gewesen wäre, wenn es Ordner gegeben hätte, die, nachdem die Demonstration ein ganz Stunde lang ruhig verlaufen war die Massen zur Heimkehr aufforderten. Hier hat ein Fehler der Regie vorgelegen.

Diese unabhängigen Regiefehler haben annähernd fünfzig Menschen mit ihrem Leben bezahlen müssen. Ein Arbeiter hat im „Vorwärts" bereits darauf hingewiesen, daß die unabhängigen Größen — die „revolutionären Führer der Massen", wie sie sich so gerne selbst nennen — vorsichtig im sicheren Hause sich aufgehalten haben und — aus den Fenstern des Reichstags zusahen, wie drunten die Arbeiter in das Verhängnis rannten.

Keine Ausnahmebestimmungen für die Buchdrucker.

In den letzten Wochen ist viel davon geredet worden, daß für die Buchdrucker schädigende Ausnahmebestimmungen im Betriebsrätegesetz enthalten seien. Bei der dritten Lesung des Gesetzes teilte bei § 67 ein Regierungsvertreter, um Befürchtungen der Buchdrucker zu zerstreuen, mit, daß Zeitungsbetriebe nur insofern ausgeschlossen sind, als die Eigenart der politischen Bestrebungen der Zeitung es bedingt. In technischen Betriebsangelegenheiten bleiben die Bestimmungen bestehen.

Der Fortgang der Arbeiten des parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Der zweite Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung beriet gestern in nichtöffentlicher Sitzung über die Fortsetzung seiner Arbeiten. Die Fortsetzung der öffentlichen Vernehmungen soll im Februar erfolgen. Inzwischen sollen die Akten über den diplomatischen Verkehr zwischen Berlin und Washington, soweit sie mit der Wilsonaktion in Verbindung stehen, und über die Vorbereitung des deutschen Friedensangebots vom 12. Dezember 1916 veröffentlicht werden.

„Heldentaten" reaktionärer Studenten.

Einen unerhörten Gewaltstreich haben sich am Montag deutschnationale Studenten in Berlin gegen den Professor der Medizin G. F. Nicolai geleistet:

Im Laufe des Tages benachrichtigte die Deutsche Friedensgesellschaft die Sozialistische Studentenpartei, daß gegen den bekannten Pazifisten und Universitätsprofessor Nicolai ein Gewaltstreich von seiten reaktionärer Studenten geplant sei und ersuchte um Schutz für den Gelehrten. Als Nicolai am Sonnabend sein Kolleg über „Hirn und Seele" beginnen wollte, drang eine Horde deutschnationaler Studenten, darunter bewaffnete Offiziere, in den Saal. Man zwang den Gelehrten, seinen politischen Standpunkt während des Krieges zu rechtfertigen. Wären nicht zahlreiche sozialistische Studenten anwesend gewesen, hätte es zweifellos Tätlichkeiten gegeben. Als Nicolai seinen pazifistischen Standpunkt notgedrungenermeise klarlegte, wurde er andauernd mit Zurufen, wie „Feigling, Lump und gemeiner Verräter", bezeichnet. Schließlich ertönten Sirenen und Trillerpfeifen, ein Beweis dafür, daß der Spektakel wohlorganisiert war. Nicolai forderte nun die Ruhestörer auf, den Saal zu verlassen. Trotzdem wurde weiter gredet. Auf eine zweite Aufforderung verließen die Deutschnationalen den Hörsaal, und indem sie die Tür mit Gewalt aufsäßen, machten sie die Vorlesung durch fortwährendes Absingen von „Deutschland, Deutschland über alles" und „Die Wacht am Rhein" unmöglich. Das Kolleg mußte aufgehoben werden. Als Veranstalter des in der akademischen Studentenwelt unerhörten Skandals wurde der Fliegerleutnant von Stuckardt festgestellt.

Es wird immer schlimmer mit den Frechheiten der reaktionären Studenten. Prof. Nicolai war der einzige unter den Professoren der Berliner Universität, der es in den Zeiten des schwärzesten Chauvinismus wagte einzutreten für die Völkerverbrüderung gegen den Haß, gegen die Verleumdung und Verhetzung. Er hat schwer zu leiden gehabt. Kommissare saßen in seiner Vorlesung und berichteten jedes Wort an die Behörden. Endlich wurde Schluß mit ihm gemacht. Er wurde eingezogen, und da er Leiter eines Lazarettes war, wurde er landsturmpflichtiger Arzt. Er verweigerte den Fahneneid und der berühmte Professor, der bekannte Gelehrte wurde degradiert zum Sanitätssoldaten in demselben Lazarett, in dem er vorher leitender Arzt war. Der Kriegsminister aber erklärte im Reichstag auf die Anfrage der Sozialdemokraten, daß das Verhalten gegenüber Nicolai ganz zu Recht bestünde. In einem Flugzeug hat sich der Gelehrte schließlich vor den Angriffen und Anpöbeln der Militärbehörde nach Schweden gerettet. Die wissenschaftliche Welt verehrt in ihm einen bedeutenden Gelehrten und wir Sozialisten einen Kämpfer, der unentwegt trotz größter Angriffe und Beleidigungen festgehalten hat an seinem und unserem Ziel.

Oberbürgermeisterwahl in Nürnberg. Bei der Sonntag stattgefundenen Wahl eines Oberbürgermeisters als Nachfolger des zum Wiederaufbauminister ernannten Dr. Geßler wurde Dr. Luppe, der bisherige zweite Bürgermeister von Frankfurt a. M., gewählt. Es wurden 35 083 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Dr. Luppe 34 855, auf einen anderen Kandidaten 614, während 106 Stimmen ungültig waren.

Clemenceau geht nach Aegypten. In einer Unterredung erklärte nach Reuter Clemenceau, daß er in einigen Tagen auf zwei Monate nach Aegypten gehen werde. Er werde keine Memoiren schreiben

Die Hölle.

41) Roman von Henri Barbusse.

Allein berechtigte deutsche Uebersetzung von Max Hochdorf.

(Copyright by Max Rascher, Verlag A.-G., Zürich.)

(Nachdruck verboten.)

Jetzt dehnt der alte Mann den Kreis der Vergangenheit aus. Es scheint, als mache er eine gewichtige und mächtige Anstrengung, wie um einen Höllenkreis und einen Bezirk der Verschörung auszudehnen. Er sagt: „Die Reisen, all die Orte, die man verläßt, alles das ist überflüssig. Die Reisen machen den Menschen nicht größer. Warum sollte der Mensch auch größer werden mit den Schriften, die er macht? Hat man übrigens die Zeit, die Bürde seiner Seele abzuzeigen, um wirklich alles das zu betrachten, woran man vorüberwandelt? Und selbst dann. — Die Wanderer werden nur ein Stückchen von der Oberfläche des gegenwärtigen Augenblickes kennen. Man wandert nicht hellsehend in die Vergangenheit zurück. Alles ist gewesen. Diese Nacht, als die Erinnerung der gällischen Schluchten, Halden und Wälder zu mir gewandert kam, habe ich an die Ritter von der Tafelrunde gedacht. König Arthur und seine Gefährten saßen da. Es bedünkte mich, ich wäre nicht weit von ihnen, und ich wandelte nun ganz auf die Ritter zu. Aber ich sah nur einen, der festsam behelmt war. Sein smaragdenes Auge hat mich angeblickt und mir Starrheit eingeflößt. Die übrigen waren wie verwaschene Gespenster. Das Rund des steinernen Tisches stand in der herbstlichen Helligkeitsherbe. Das Grau des Nebelwebens war gemischt mit dem rötlichen Waldesgewoge. Der Tisch war rund, damit keiner Vorrang habe vor dem anderen, wenn sie herumsigen am Tische. Der Tisch war wie ein riesiger Mühlenstein. Von Gleichheit war der Tisch überdeckt. Die Kanten waren scharf geschnitten, es war noch nicht lange her, daß er geschnitten worden war. Er war neu. Tausend Jahre, zweitausend, dreitausend Jahre! — Und dann das Ufer von Troja. — Erinnerst du dich noch an dieses Goldgelände, über das wir hingewandert sind? Der griechische Held stampft über den gekiesten Weg, der vom Morgenrot leicht goldbraun gefärbt wird. Ich sehe die weite, regelmäßige und fettmrissene Spur, die er auf dem Sande zurückläßt. Ist er vorübergeschritten, dann sickert seitwärts von jeder seiner Wegspuren ein wenig Goldsand ab. Zu seiner Seite zieht sich unbeweglich das Meer hin. Ich sehe die Spur, die das letzte Wogengekräuse auf dem feuchten Sand zurückgelassen hat, der tiefer gefurcht ist als der Weg unter den Schritten des Helden. Wie ein feines Schaummähnengekräuselt liegt es noch dort. Ein Stein hat unter dem bronzebeschlagenen Schuh aufgeknirscht, und das Gestein ist weitergerollt. — Denke daran, Anna, denke an das Gestampf seiner Schritte, das seit so viel tausend Jahren verklungen ist! Denke an das Flügelschlag, den meine Seele aufbieten muß, um alledem nahe zu kommen. Es ist kein Schritt, von dem tags drauf kein Gedenkzeichen mehr übrig blieb, und der doch vorhanden ist. Wo sind diese Schritte, wo sind sie? Sie sind in uns, da wir sie doch sehen. Die Zeit ist nicht die Zeit. Der Raum ist nicht der Raum."

Nach diesem bewunderungswürdigen Satze und dieser Spende ungewöhnlicher Hellsichtigkeit breitete sich ein Schweigen aus. Die Frau fühlte sich unfähig, das Schweigen zu unterbrechen, in dem eine Wahrheit schwebte, die ihr noch unzugänglich blieb. Der alte Mann fuhr fort:

„Der griechische Held ist mit dem Schwert gegen den Felsen gepraellt, und man hört das Klirren der Schwertschneide in seiner Klinge. Um eine steile Böschung zu überklettern, hat seine Hand den jungen Stamm einer Fichte ergriffen, von der einige trockene Nadeln auf den Weg gegangen sind. Was rennt dort neben dem Helden durch den Fichtenwald? Ein Tier, es ist der Hund dieses Mannes. Er bringt in seiner Schnauze einen Gegenstand heran, einen Lederguert, der im Meereswasser und im Wind hart und hornig geworden ist. Es ist ein trojischer Gürtel, schon halb zerfetzt in dem Gemetzel, das Jahrhunderte und Jahrhunderte drauf Homer besingen soll. Der Krieger ist bei einem Bergvorsprung angelangt. Er streckt den Kopf vor und sieht auf das Meer hinaus. Grad und fein ist seine Nase geformt. Vom Erz des Helmes fällt die Stirnlinie scharf ab. Der Bogen der Augenbrauen ist seltsam nach vorn gewölbt. Die Wimpern treffen das funkelnde Auge. Aber es ist besonders seine halbgeschlossene Hand mit den kurzen Nägeln, die ich betrachte. Der Handrücken und die Finger sind brandfarben. Das spielt ins Rote hinein, als wenn es in Ziegelrot eingeschnitten worden wäre, und an den Fingern sind die gewölbten Nägel wie Kieselplatten eingelassen. Der Held blickt nach dem Ufer aus. Die Matrosen sind dabei, die unermeßlichen Schiffskeile ins Wasser zu schieben. Man schleppt sie, und man wird sie bis aufs offene Meer hinausschleppen, um das Rückschlagen des Brackwassers zu vermeiden. Heute abend noch wird die griechische Flotte aussegeln, denn man kann nur bei Sternenlicht segeln, und sie rüstet sich, während der Morgen über dem Meeresblau aufleuchtet. Nach dieser Betrachtung der Sonne beugt der Troer die entwürdigte Stirn."

Der alte Mann endete: „Ich habe die Vision einer ausgedehnten Wasserfläche. Ich sehe diese silbergrauen Fluten, die unter einem seltsamen Lichte in einer vollkommenen Stille dahinwogen. Warum dieses unendliche Schweigen? Die Menschen dort sind auf einem anderen Planeten, der unendlich viele Jahrhunderte weit entfernt liegt.

*

Ich erschaue, was er beschrieben hat, und ich schaue es an. Das Bild, das der Unwirklichkeit entboten ist, und der Mann in dem Schatten, sie haben fast keine Gestalt mehr, der Wiedererwecker und das Wiedererweckte. — Ich denke an dieses unsagbar großen Unterschied, der zwischen dem Denker und seinem Gedanken besteht. Sein Gesicht ist ein winziger, kaum umrissener Fetzen, der auszelöscht ist und gerichtet zum Uranfang, zu der Entfaltung von Ländern und Zeiten.

Und andere Erinnerungen, andere noch werden aufgeschichtet. Sie folgen dicht gedrängt aufeinander. Man spürt es, er ist bestürmt durch eine Welt und den Kampf mit der Ueberfracht seiner Erinnerungen. Es sind alle, die er schon hingesammelt hat, und die anderen auch, zu deren Aufzählung ihm nicht mehr Kraft und Zeit bleiben werden. Er kann sich nicht loslösen von dieser beschimmerten Großartigkeit, die in ihm wohnt.

Er hat das Gesicht rückwärts gelehnt. Wahrscheinlich hat er die Augen geschlossen. — Und seine Erinnerungen, ich zähle sie und messe sie aus an dem Maße des Leides, von dem ein derart betrachtetes Antlitz Kunde gibt.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200120-10/fragment/page=0002

Die Unabhängigen und das Betriebsrätegesetz.

Die Rede des Genossen Osterroth

zur dritten Lesung des Betriebsrätegesetzes ist so zutreffend, daß wir sie unsern Lesern heute etwas ausführlicher geben wollen. Genosse Osterroth führte u. a. aus:

Man spricht immer von Kriegspsychose; die äußerste Linke ist von einer Revolutions-, von einer Rätepsychose befallen. (Heiterkeit.) Wer von ihr noch nicht vom Diktaturtrimmel angekränkelt ist, ist auf seinem Sitz unruhig hin- und hergerückt bei den Ausführungen von Geyer, Dümell, Traß und Koenen, als sie ihre Reden hielten ohne Hemmungen und Vernunft. **Wir haben in der Kommission fleißig mitgearbeitet. Die Unabhängigen haben den reinen Tisch, Lehmann, den Parteitag der Unabhängigen, in den Ausschuß geschickt.** (Sturm. Heiterkeit.) Einen einzigen Antrag hat er gestellt; er war aber auch danach. Bei 72 Abstimmungen hat immer einer der beiden Unabhängigen gefehlt. Ich habe genau darüber Buch geführt. (Zuruf der Abgeordn.: Falsche Buchführung!) Unsere Buchführung ist besser als die, die Sie in Leipzig am kommunalen Kassenschrank geführt haben, Herr Geyer! (Schallende, langanhaltende Heiterkeit im ganzen Hause.) Sie sind falsche Ritter des Sozialismus, schon mehr Strauchritter. (Vizepräsident Dietrich ersucht den Redner, sich in seinen Ausdrücken zu mäßigen.) Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier war Herr

Koenen sehr kompromißlich

gesinnt und der geistige Urheber der Vereinbarung über die Betriebsräte war mein Freund Hue. (Hört! hört!) Im Ruhrrevier wurde diese Vereinbarung übernommen. Als dort aber die Arbeitgeber die Vereinbarung nicht einhielten, hat Reichskommissar Severing, auch ein richtiggehender Sozialdemokrat (Heiterkeit), im Wege der Verordnung die Rechte der Betriebsräte erweitert. Die jetzige Vereinbarung über die Betriebsräte im Bergbau geht erheblich über das hinaus, was Koenen gefordert hat. (Lebhaftes Hört! hört!) Jahrelang waren im Ruhrrevier Zehntausende von Bergarbeitern ausgesperrt. Lenin muß der Arbeitgeber einen hohen Preis dafür zahlen, wenn er einen Arbeiter ungerechtfertigterweise entläßt. Da wollen Sie den Bergleuten erzählen, daß das Gesetz, so wie es aus der Kommission herausgekommen ist, ein Verrat an den Arbeitern ist? **Man muß sagen viele Gründe haben, vergangenes vergessen zu machen, man muß sagen die Gespenster der Toten sehen, wie Macbeth, wenn man zu solchen Mitteln greift, um die Arbeiter zu betören!** Dr. Geyer hat das Gesetz ein Ausnahmegesetz, eine Fälschung genannt. Ebenso hat es der deutschnationale Abg. Schiele einen Ausschuß der Cliquen- und Minderheitsherrschaft genannt. Wenn die äußerste Rechte und Linke so miteinander harmonieren, muß der Weg der richtige sein. Sie können wohl die Arbeiter eine Zeitlang

mit Phrasen besoffen machen,

aber sie werden einsehen daß das Gesetz nicht so schlecht ist, wie Sie es dargestellt haben. Im Verbau hatten wir Betriebsräte, in denen die Unabhängigen die Mehrheit hatten. Der Redner nennt eine ausschließende Gesetz, wie eine gewisse Dame dieses Hauses. (Heiterkeit.) Jetzt sind Arbeiter aus der gewerkschaftlichen Sphäre an ihre Stelle getreten. Dieses Gesetz fordert nicht alte Weiber und Maulaufreißer, sondern junge, gewerkschaftliche Arbeiter, Lehrer, Kameraden, die für die Interessen ihrer Kollegen auch eintreten. Darum wird es eine große Niederlage für die Unabhängigen bedeuten, weil sie die Leute mit der scharfen Aussonderung nicht haben; Sie wollen nur mit dem Kopfe durch die Wand. (Zuruf rechts: Der Kopf geht kaputt.) Der geht nicht kaputt, die haben noch härtere Köpfe, als die bayerischen Lauen. (Große Heiterkeit. — Zuruf der Frau Zietz.) Frau Zietz, es war einmal ein Mann, der hatte eine böse Frau, die sah immer „Lausnicker" schimpfte. Prügel und andere Erziehungsmittel halfen nichts; da schmiß er sie in einen Brunnen. Seinerzeit sie den Mann noch über Wasser hatte, rief sie noch immer „Lausnicker". Und als nur noch die Arme herausragten, da hat sie immer noch mit Händen, Daumen und Nägeln Laus gemacht. (Stürmische Heiterkeit.) Frau Zietz, wenn Sie schimpfen, fällt mir immer die böse Frau ein. Ich bin, wie Sie, ein etwas stürmisches Temperament, deshalb kann ich mich mit Ihnen versöhnen. Auf jeden Scheinen, den Sie aufmachen lassen, sehe ich andersdaher und so werden wir miteinander auskommen. (Stürmischer Beifall. — Zurufe rechts.) Setzen Sie (nach rechts) sich lieber dort drüben hin, Sie ziehen ja doch an einem Strang mit den Unabhängigen, weil Sie wissen, daß

nach der Rätedictatur die Reaktion

kommt. Die Zeit ist vorbei, wo der Landarbeiter schlechter behandelt wird wie die Kuh und der Gaul im Stall. In der Kommission wurde die Zahl der Arbeiter in den landwirtschaftlichen Betrieben, für die ein Obmann zu wählen ist, von 5 auf 10 erhöht und zwar mit 13 gegen 12 Stimmen. Diese Verschlechterung ist also in das Gesetz gekommen, **weil einer von den Unabhängigen geschlafen hat.** (Hört! hört! Lärmender Widerspruch bei den U. Soz.) Ihre (nach links) Haltung ist von der Furcht vor den nächsten Wahlen und vor den Kommunisten diktiert. Das wird uns nicht abhalten, für das Gesetz zu stimmen; nicht, weil wir die Koalition nicht auseinanderfallen lassen wollen, sondern weil wir

große Vorteile für die Arbeiter

darin erblicken. Wenn das Gesetz auch noch nicht die Demokratisierung des Wirtschaftslebens bedeutet, so ist es doch ein erfolgversprechender Anfang. Am dritten Weihnachtsfeiertag hat auf der Konferenz der Betriebsräte des Ruhrbergbaues einer Ihrer Freunde, Kamerad Hojemann, den Antrag gestellt, die beiden sozialdemokratischen Fraktionen sollten gegen das Gesetz stimmen. Mit 55 gegen 14 Stimmen haben die Vertreter der Bergleute sich gegen den unabhängigen Antrag ausgesprochen und uns ersucht, für dieses Gesetz zu stimmen. Das sind Leute, die in der Praxis stehen, nicht wie Koenen und Dr. Lever, die auf Wolken herumtanzen. Möge der Reichswirtschaftsrat ein Diktator werden zum Zuschnitt unseres Koenen. (Zustimmung und Heiterkeit.) Wir wollen nicht eine Diktatur der Demagogen und Nörgler, sondern derer, die das Leben des deutschen Volkes erhalten,

eine Diktatur der Demokratie,

eine Diktatur unter Kontrolle des Volkes, nicht eine Diktatur Oldenburg-Januschaus und Dr. Geyers. Der Gedanke der Solidarität, der Aufopferung ist heute verbiestert und verrottet. Bei den allermeisten ist die Bestie des Ichs erwacht — eine Folge des Kriegs. Glauben Sie denn aber, daß wir von heute auf morgen diese Menschen in den sozialistischen Produktionsstaat hineinpflanzen können? In sechs Wochen wurden Ihre eigenen Anhänger sich von Ihnen abwenden. Wir müßten das Kreuz der Verantwortung auf uns nehmen. In der ersten Fraktionssitzung in Weimar haben wir Ihnen angeboten, mit uns die Regierung zu übernehmen. Um den Bürgerkrieg zu vermeiden, wären sicherlich beide bürgerlichen Mehrheitsparteien einverstanden gewesen. Wohlwissend haben Sie das Angebot zurückgewiesen. (Hört! hört!) Sie haben gehetzt, geschimpft und getobt im Bunde mit der Rechten, um die Koalition zu erschüttern. Wenn die fanatisierten Leute am Dienstag hier hereingekommen wären, glauben Sie denn, von Rosa da (der Redner zeigt auf die Ministerbank) hätte sie geküßt und Bauer in die Arme genommen? Es wäre wirklich eine Bartholomäusnacht geworden. (Lebhafte Zustimmung.) Das Blut kommt auf Sie (nach links; große Unruhe). Diese vergangenen acht Tage lang hat uns schon die Angst vor der Verantwortung gekrochen. Gehen Sie in die Betriebe, dann werden Sie es von den Arbeitern hören:

Wo waren denn unsere Führer? Verkrochen haben sie sich!

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Wenn die Sozialdemokratie auseinandergeht, ist die Koalition gesprengt; denn eine Regierung mit Einschluß der Rechten bedeutet den Bürgerkrieg. (Widerspruch rechts.) Glauben Sie (nach rechts) denn, daß Sie die Leute da drüben beruhigen können, Herr Traub? (Heiterkeit.) Herte folgt kein Arbeiter mehr den salbungsvollen Reden eines Traub. Deshalb tragen wir das Kreuz der Verantwortung weiter. Mit Naturnotwendigkeit muß man da Konzessionen machen. (Zuruf rechts: Kuhhandel!) Nennen Sie es Kuhhandel, Herr evangelischer Arbeitersekretär (Heiterkeit), wir wollen keine Rätedictatur, wir wollen keine Junkerdictatur. Wir haben nicht vergessen, daß wir Sozialdemokraten sind, was Ihr (nach links) aufgehört habt zu sein. (Zurufe bei den U. Soz.) Sie, Geyer, nenne ich aus. (Heiterkeit.) Der Streit zwischen sozialer Demokratie und Diktatur zieht sich wie ein roter Faden durch die Unabhängigen. Diejenigen, die unter Führung der werten Frau Luise Zietz (Heiterkeit) den Anschluß nach Moskau gepredigt haben,

haben aufgehört, Sozialdemokraten zu sein,

dürfen nicht mehr singen: „Das freie Wahlrecht sei das Zeichen . ." Lenin malt der Arbeiter, der Weg zur Diktatur werde über Millionen Hungerleichen des deutschen Volkes gehen. Deshalb glauben wir, als getreuer Eckart der deutschen Arbeiter, gegen diesen Wahnsinn, gegen diesen Himmel uns zur Wehr setzen zu müssen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Bei der gegenwärtigen furchtbaren Wirtschaftslage treiben Sie die Arbeiter ein über das anderemal zum Generalstreik. Wenn in Berlin die Arbeiterfrau über Weihnachten keine zwei Brötchen im Hause hatte, ist es Ihre Schuld. (Lärm bei den U. Soz.) Um Ihre warme Partei uppe weiterkochen zu können, propagieren Sie seit zwei Monaten die Sechsstundenschicht. Ohne Lösung der Wohnungsfrage und Durchführung der dazu nötigen technischen Einrichtungen würde dann der Zusammenbruch Deutschlands ein vollständiger sein. Sie wehren sich sogar gegen eine friedliche Lösung der Sechsstundenfrage, nämlich gegen den Bizeseider Beschluß, der internationale Vereinbarungen darüber vorsieht, weil mit auf den Weltverkehr angewiesen sind. Aus Zaren Gefängnis grinst die Schadenfreude, der Hohn, aus manchen Gefängnissen der Demagogen von links grinst die Hölle, das Inferno. (Große Unruhe und Beifall.) Diesen Wahnsinn machen wir nicht mit. Die Verantwortung für den Zusammenbruch lehnen wir ab und Sie (nach links) werden es ausfressen müssen. Die Diktatur hat keine ewige Dauer. Die einzige Rechtsquelle eines moderren Volkes ist die Demokratie. Es wird Ihnen gehen wie in Budapest. Lachen Sie nicht, Herr Dr. Geyer und Herr Koenen. Es gibt manche unruhige Stunde, wo sich auch schon baumeln sehen. (Unruhe.) Weil wir diesen Zusammenbruch nicht wollen, stimmen wir dem Gesetz zu. Nicht den Kapitalismus zu verraten, sondern der Wirtschaft zu dienen, ist der Zweck des Gesetzes. Die Sozialisierung geht auch mit zu langsam. Aber wenn Sie (nach links)

Bardoegenossen der Rechten

sind, woher sollen wir denn die Kraft haben, unsere sozialistischen Ideen durchzusetzen? (Lebhafte Zustimmung. — Abg. Koenen: Sie haben aber nichts getan!) Wenn alle Gesetze so schwer zustande kommen wie dieses, dann ist es kein Wunder, daß die Gesetzgebungsmaschine so langsam läuft; das ist Ihre Schuld. Eichhorn und seine Leute sind die Handlanger der Reaktion. Wir haben Mitleid mit dem verhetzten Volk. Die Freiheit des einzelnen hört auf, wo die Lebensrechte der Gesamtheit beginnen. Und Sie (nach links) haben am letzten Dienstag an den Lebensinteressen des deutschen Volkes der deutschen Demokratie gerüttelt. Dieses Gesetz aber wird eine Großtat der Menschheitsgeschichte sein, wie die Sklavenbefreiung nach dem amerikanischen Bürgerkrieg, wo die ganze Welt aufjubelte. (Stürmischer Beifall.)

Kurze Notizen.

Der italienische Geschäftsträger in Berlin. Der neuernannte königlich italienische Geschäftsträger, Graf Aldrovandi Marescotti di Viano, hat am 18. Januar dem Reichsminister des Auswärtigen sein Beglaubigungsschreiben übergeben. — Auch der französische Geschäftsträger, Herr de Marcilly, wird in den nächsten Tagen in Berlin erwartet.

Wieland lehnt ab. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, hat der demokratische Abgeordnete Wieland abgelehnt, den Posten des Reichsschatzministers zu übernehmen.

Die Rätewahlen in Rußland. Nach einer Stockholmer Meldung der „Frankf. Ztg." wurden bei den Petersburger Rätewahlen 1885 Vertreter, darunter 1539 Bolschewisten, gewählt.

Hilfe für die heimgesuchten Länder Europas. Smuts hat, wie Reuter meldet, einen leidenschaftlichen Appell an das Volk von Südafrika gerichtet, den von der Hungersnot heimgesuchten Ländern Europas, insbesondere den Kindern zu helfen

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 20. Januar 1920.

Zeitungsverbot und Preßfreiheit.

In verschiedenen Bezirken Deutschlands sind gegenwärtig Zeitungsverbote erlassen worden und seit gestern auch einige im Bereich unseres Wehrkreises. Wir würden unserer bisherigen Propagierung der Demokratie entgegenarbeiten, wenn wir jetzt nicht grundsätzlich gegen diese Verbote Stellung nehmen würden. Unser Standpunkt ist in umgezählten Artikeln dahingegend präzisiert worden, daß wir es als unsere vornehmste Aufgabe ansehen, Rede- und Schriftfreiheit zu verteidigen und wir es begrüßen würden, wenn alle Teile und Schichten des Volkes auch ihrerseits die demokratischen Einrichtungen respektierten, damit jedwedes Zwangsmittel unterbleiben kann. An der Starrköpfigkeit fanatischer Agitatoren, die die Meinungsfreiheit in Wort und Schrift zu einer wilden Hetze gegen die Regierung der Volksmehrheit ausbeuten und dabei selbst an die rohe Gewalt zu appellieren sich nicht scheuen, muß aber der beste Willen, diese Freiheiten zu garantieren, scheitern. Die Preßfreiheit darf nicht so verstanden werden, daß nur einfach den so oft urteilslosen Massen alles Erdenkliche an Verleumdung und Verdrehung vorgesetzt werden kann, was geeignet ist, ungerechtfertigterweise dieselben aufzuputschen und zu Exzessen zu verleiten, die schließlich zu Katastrophen führen, wie jetzt in Berlin. In solchen Fällen müssen die Feinde der Demokratie und des Selbstbestimmungsrechtes damit rechnen, daß ihnen das Handwerk gelegt wird und sie ihre verderbenbringenden Pamphlete nicht weiter zur Vergiftung der öffentlichen Meinung benutzen dürfen. Wie die Kinozensur gegen unerträglichen Schmutz im Bilde gerichtet sein soll, so richtet sich das Pressverbot gegen den Schmutz im gedruckten Wort, nicht aber gegen die Meinungsfreiheit. Die Gegner der Demokratie sind auf einer Seite die Anhänger des reinen Rätegedankens, auf der anderen Seite aber jene Elemente, die sich unter dem Sammelbegriff „alldeutsche Politiker" beispielsweise hier in Halle um das bekannte deutschnationale Hetzorgan die „Hallesche Zeitung" scharen. Wie wir die extreme Linke als eine Gefahr für den Aufbau unseres Landes betrachten, so in gleichem Sinne das Wirken dieser politischen Gruppe, die an Skrupellosigkeit der bolschewistischen Linke nichts nachgibt. Zu geradezu empörend demagogischer Art sind dem sauberen Blättchen alle Mittel genehm, um Schläge gegen das Selbstbestimmungsrecht des Volkes zu führen, und es entblödet sich in seinem dumpfen Haß gegen die Volksregierung nicht, die Worte von „einer verbrecherischen Demokratie" zu schreiben. Extreme berühren sich — und so nimmt es nicht Wunder, wenn die „Hallesche Zeitung" mit gleicher Verlogenheit und Bosheit den entsetzlichen Vorgang vor dem Reichstage spaltenlang ausschlachtet, wie die Organe der sogenannten „Revolutionäre". So sehen wir Verantwortungslosigkeit hier wie dort. Zwei Brüder mit gleichen Kappen, die füreinander das Feld bereiten, zum Schaden der Allgemeinheit, zur Hemmung jeder sittlichen Erneuerung des deutschen Volkes. Möge es bald erkennen, daß diese Parasiten am politischen Körper der Republik überwunden werden müssen, wenn es noch jemals einen Aufstieg nehmen kann. Nur in dem Festhalten an der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung wird die geistige Reife des Proletariats, wie der gesamten werktätigen Bevölkerung einen Gradmesser finden. Die sittliche Tat im politischen Leben kann nur die Demokratie sein.

---

* **Volkshochschul-Kurse.** Im Büro der Schulverwaltung Rathausstr. 4 sind noch Eintrittskarten für folgende Vorträge zu haben: Geographie, Abstammung des Menschen, Seelenlehre und Gehirn, Neubau des Reiches, Arbeiterrecht und Betriebsrätegesetz, Versicherungswesen, Valuta und Weltwirtschaft, Religion und Religionen. Für Elektrotechnik wird eine zweite Vortragsreihe eingerichtet, die am 29. Januar beginnt.

* **Ein Wohltätigkeits-Konzert** veranstaltet der „Bund erblindeter Krieger e. V., Bezirk Provinz Sachsen-Anhalt" am Sonnabend, den 24. Januar, abends 7½ Uhr in „Brunnerts Hofjäger", Lindenstraße, dessen Reinertrag den Hinterbliebenen mit dem Tode abgehender Kameraden zugute kommen soll. Es werden Lieder für Sopran und Bariton, Solos für Klavier und Violine, sowie Rezitationen gebeten. Wir möchten im Interesse der guten Sache auf diese Veranstaltung nochmals hinweisen. Der Eintrittspreis beträgt 2 Mk. Karten sind in den Zigarrengeschäften Artur Kepsch, Rannischer Platz und O. Wiesner, am Leipziger Turm zu haben.

* **Puppenspiele der Kunstgewerbeschule.** Die mit großem Beifall aufgenommenen Puppenspiele werden an folgenden Tagen wiederholt werden: 21., 24., 28., 31. Januar, abends 8 Uhr, in der Aula der Kunstgewerbeschule. Kartenvorverkauf bei H. Hetzer. Der Besuch dieser künstlerisch neuartigen Darbietungen auf dem Gebiet der Puppenspiele wird bestens empfohlen.

Stadttheater. Heute, Dienstag, abends 6 Uhr, geht Schillers „Wilhelm Tell" in Szene. Mittwoch, abends 7 Uhr, „Bajazzi" hierauf „Cavalleria rusticana". Donnerstag „Das Weib im Hause". Freitag „Tristan und Isolde". Sonnabend „4. Konzert" unter Leitung von Prof. Dr. Georg Schumann. Solisten: Paula Weber vom Deutschen Opernhaus, Charlottenburg und Kammersänger Waldemar Henke von der Staatsoper Berlin. Sonntag „Der Bajazzi" hierauf „Cavalleria rusticana". Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, finden die Gastspiele der Liliputaner Künstler-Gesellschaft statt, die das Märchen „Schneewittchen und die sieben Zwerge" zur Aufführung bringen.

Hoffan.

Wasch jede Wäsche mit Hoffan
die Arbeit ist dann leicht getan.

Hoffmanns's Waschpulver Hoffan
ist überall zu haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200120-10/fragment/page=0003

Beim Aufspringen schwer verunglückt. Ein Student, der gestern abend in der Reilstraße auf einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen springen wollte, kam zu Fall und geriet hierbei zwischen Motor- und Anhängewagen; letzterer ging über ihn hinweg. An scheinend hat der Verunglückte schwere innere Verletzungen erlitten. Er wurde zunächst nach Kaserne 1 und von dort nach der Klinik gebracht.

Durch **Ueberheizung eines Badeofens** entstand in einem Hause in der Wielandstraße ein Stubenbrand. Nach kurzer Tätigkeit der herbeigerufenen Feuerwehr war die Gefahr beseitigt.

Fleischschmuggel. Einer Botenfrau von auswärts wurden in der Ludwig Wuchereer-Straße 5 Pfund Kalbfleisch und 20 Pfund Rindfleisch abgenommen. Da vermutlich Schleichhandel vorliegt, wurde das Fleisch beschlagnahmt und sichergestellt.

Die **Schaufensterscheibe eines Zigarrenladens** im Steinweg wurde letzte Nacht zertrümmert. Die Täter sind nicht ermittelt.

* **Bund der Auslandsdeutschen. Ortsgruppe Halle u. Bezirk.** Die Anmeldeformulare für die Entschädigungseingaben sind angekommen und können in der Geschäftsstelle Berastr. 7 entgegengenommen werden; Mitgliedskarten sind vorzuzeigen. Sprechstunden von 10—12 Uhr.

(Fortsetzung des lokalen Teils in der Beilage.)

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Verhaftungen in Berlin.

Berlin, 20. Jan. Wie der „Lok.-Anz." meldet, wurden gestern außer Dämmig weitere 11 radikale Führer verhaftet, darunter Maltzahn von der Zentrale der sozialistischen Betriebsräte, eine Bezeichnung, unter der sich der bekannte rote Vollzugsrat verbirgt. Die bisherige Untersuchung über die jüngsten Putschversuche hat, wie das Blatt meldet, das Bestehen eines kommunistischen Aktionskomitees ergeben, das verbezend vorgeht.

Protest der Zeitungsverleger gegen die Zeitungs-Verbote.

Berlin, 19. Jan. Eine Vollversammlung der Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger verlangt in einer Entschließung, daß Zeitungsverbote auf Grund des Ausnahmezustandes niemals ohne Begründung und Befristung erfolgen. Ferner werden von Regierung und Parlament Garantien gefordert, die Presse und Zeitungsgewerbe vor einem Zustand völliger Rechtlosigkeit zu schützen.

Die Lage in Irland.

TU. Amsterdam, 19. Jan. Der Berichterstatter des „Daily Telegraph" legt in einem Bericht dar, daß die Lage in Irland immer schlechter würde. Niemals sei die Lage so schlecht gewesen als heute. Kein Tag vergehe, ohne daß eine Anzahl maskierter Personen Ueberfälle ausführen. Seit Weihnachten hat die Polizei 21 Besuche durch bewaffnete Personen erhalten. Die Polizei sei den Ueberfällen gegenüber machtlos. Es sind Maßnahmen zur Verstärkung der Polizei getroffen. Aber inzwischen werden Massen von Flugblättern verteilt, in denen die Bevölkerung aufgefordert wird, keine Beziehungen zu irgendeinem Mitglied der Polizei zu unterhalten, die allein Schuld trage, daß Irland unter englischer Herrschaft schmachte. In den Aufrufen werden die Polizisten Verräter am eigenen Fleisch und Blut genannt. Niemand dürfe mit ihnen sprechen oder sie grüßen.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer **Verkauf von Rohgoulasch** in der Talamtschule am Mittwoch, den 21. Januar. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 37 001 bis 44 000 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 44 001 bis 53 000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Gegen Vorlage des neuen Lebensmittelscheines kann an Haushalte bis zu zwei Personen eine Einkilodose Rohgoulasch, für je weitere zwei Personen eines Haushaltes noch eine Einkiloduse Rohgoulasch zum Preise von 11 Mk. für die Einkiloduse abgegeben werden. Haushalte, welche aus einer Person bestehen, können eine Einhalbkilodose Fleisch- oder Wurstkonserven zum Preise von 5 Mk. erhalten. Die Rohfleisch- und Rohwurstkonserven sind auf dem städtischen Schlachthofe und unter städtischer Aufsicht hergestellt worden. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Der **Verkauf von Quark** erfolgt am Mittwoch, den 21. Januar, auf den Abschnitt 18 für die eingetragenen Kunden bei dem Molkereibesitzer Sohn, Gr. Gotenstr. 17 und Kl. Ulrichstr. 26 und in den Verkaufsstellen der Hall. Molkerei, Glauchaerstr. 15/16, und Molkerei Merbitz, Freiimfelderstr. 8. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund Quark zum Preise von 78 Pfg. abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis Freitag, den 23. Januar, abzuliefern.

Städtischer **Verkauf von Käse** in der Talamtschule am Mittwoch, den 21. Januar. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 38 001 bis 40 000 vormittags von 8 bis 12 Uhr und nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes können 70 Gramm zum Preise von 50 Pfg. abgegeben werden. Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Städtischer **Verkauf von dänischer Vollmilch** an Jugendliche von 12 bis 17 Jahren und alte Leute über 70 Jahre in der Talamtschule am Mittwoch, den 21. Januar. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 37 001 bis 44 000 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 44 001 bis 53 000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr; sofern zum Haushalte Personen gehören, welche sich in der obengenannten Altersstufe befinden. Es kann auf jeden Abschnitt U der besonderen Bezugsscheine für Jugendliche von 12 bis 17 Jahren und auf jeden Abschnitt U der besonderen Bezugsscheine für alte Leute über 70 Jahre eine Flasche dänische Vollmilch zum Preise von 420 Mk. abgegeben werden. Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Marmelade. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915 wird der Verkauf von Marmelade wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Mittwoch, den 21. Januar. Für jede Person eines Haushaltes werden 100 Gramm abgegeben. Der Verkaufspreis beträgt 450 Pfg. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei derjenigen Verkäufern die Marmelade einzukaufen, bei welchen sie für der Berg von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 463 des Warenbezugsscheines 27. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß, Saal links, binnen 8 Tagen einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. September/4. November 1915.

Gruppen. Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingerichtet haben, werden hierdurch aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen, die in dieser Woche zum Verkauf gelangenden Gruppen am Mittwoch, den 21. und am Donnerstag, den 22. Januar, abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Städtischer **Verkauf von Kerzen** in der Talamtschule am Mittwoch, den 21. Januar. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 37 001 bis 44 000 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 44 001 bis 53 000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Es wird an diejenigen Haushalte, welche in ihrer Wohnung keine elektrische Lichtanlage haben, eine Kerze zum Preise von 50 Pfg. abgegeben. Der neue Lebensmittelschein, in dem die Abgabe der Kerzen vermerkt wird, ist vorzulegen. Für Unregelmäßigkeiten beim Bezuge gelten die gesetzlichen Strafbestimmungen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, den 20. Januar 1920. **Der Magistrat.**

Amtliche Bekanntmachungen für den Saalkreis.

Bekanntmachung

Auf Grund von § 1 Abs. 2 der Anordnung des Ministers für Volkswohlfahrt, betreffend Einführung einer Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen, vom 9. Dezember 1919 hat der Kreisausschuß, nachdem die Anhörung eines Ausschusses, bestehend aus 5 Hausbesitzern und 5 Mietern, gemäß Abs. 1 a a. O. erfolgt ist, im Benehmen mit dem Vorsitzenden des Kreismieteinigungsamtes beschlossen folgende Anordnung zu erlassen:

§ 1.

Als Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen im Saalkreis wird ein Zuschlag von 20 Prozent zu dem am 1. Juli 1914 für die Wohnung oder Mieträume anderer Art oder für das Quadratmeter benutzter Fläche vereinbart gewesenen Mietzins festgesetzt.

War ein solcher nicht vereinbart oder ist er aus besonderen Gründen außergewöhnlich niedrig gewesen, so besteht die Höchstgrenze aus dem am 1. Juli 1914 für die Wohnungen oder sonstige Mieträume oder Quadratmeter benutzter Fläche gleicher Art und Güte ortsüblich gewesenen Mietzins und in einem prozentualen Zuschlag von 20 Prozent hierzu.

§ 2.

Diese Anordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Halle, den 14. Januar 1920.

Der Kreisausschuß des Saalkreises.

Hungernde Millionäre

Walhalla-Operettentheater. Anfang 7 Uhr: **Dame vom Zirkus.** Sonnabend u. Sonntag: **Keusche Susanne.** Kasse 11-1½ u. 4-5½.

Stadt-Theater Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend, nachmittags 3 Uhr: Gastspiel der Liliputaner-Künstlergesellschaft: **Sneewittchen und die sieben Zwerge.** Mittwoch: Abds. 7. Ende 10 Uhr **Der Bajazza.** Hierauf: Cavalleria rusticana. Donnerstag: **Das Paradies.**

Aufwartung für 3 Vormittage gesucht Halberstädterstr. 13, I. r.

Kramers Künstlerspiele, Delitzschterstraße 2, am Riebeckplatz. **Das beste Kabarettprogramm.** Vollständig neuengagierte Kunstkräfte.

Sommer-Umpresshüte werden schon jetzt gearbeitet. Erstklassige, fachmännische Arbeiten. Billigste Berechnung. — Kurze Lieferfristen. **Muster-Vorlagen** liegen auf. Stroh- und Filzhut-Fabrik **Franz Zenk,** Kleiner Berlin 1-2, Fernspr. 3428, und in allen Zweiggeschäften.

Die Universitäts-Poli-Klinik für Mund- und Zahnkranken, Ten. Domplatz 1, ist wieder in vollem Umfange in allen Abteilungen: Poliklinik, Füllen, Zahnersatz geöffnet. Neuaufnahme von Patienten früh von 8—9 Uhr.

Schlafzimmer kauft man ganz besonders billig in der **„Raumkunst", Poststraße 8.**

Am 19. Januar habe ich mich Henriettenstr. 1 **als prakt. Arzt,** Geburtshelfer und Arzt für Tropenkrankheiten niedergelassen. Sprechzeit: Wochentags 8—10, 2—3 Uhr. **Dr. med. Heinrich Meinhof.** Fernruf 2190.

Kunststopfen und Handweberei sämtliche Stopfarten werden der Webart entsprechend wieder hergestellt. **F. R. Ludwig,** Krausenstraße 24.

Kaufe Metalle Kupfer Kilo 9.— M. | Blei Kilo 3.— M. | Messing Kilo 4.50 M. | Zink Kilo 2.— M. | Rotguss Kilo 7.— M. | Zinn Kilo 16.— M. Metallsammler, Klempnermeister usw. erhalten besonders hohe seltene Preise. Abholung kostenlos durch eigene Boten. Postkarte oder Telephon genügt. Komme bei grösseren Posten auch auswärts. **Franz Halle,** Halle a. S., Breitestrasse 6. Tel. 4377.

Sie werden staunen über die hohen, noch nie dagewesenen Preise, die ich für alte künstliche, auch zerbrochene **Gebisse,** Zähne und Platin zahle. Kein Zahn unter 8 Mk., evtl. bis 40 Mk. Brennstifte 60 Mk. und höher. Platin bis 125 Mk. per Gramm. Kaufe nur Mittwoch, den 21. Januar, von 10 Uhr früh bis 7 Uhr abends im **„Hotel Börse",** Marktplatz 8. Ueberzeugen Sie sich selbst. Versuch lohnt. Kaufe auch von Zahntechnikern und Händlern.

Weißenfels

Milchkartenausgabe für Monat Februar. Die Ausgabe der Milchkarten für Monat Februar findet an folgenden Tagen im Ernährungsamt — Klosterstraße 8 — in der Zeit von 2—6 Uhr nachmittags wie folgt statt:

Für Frauen und Kinder:
Mittwoch, den 21. 1. 20 die Buchstaben A—M.
Donnerstag, den 22. 1. 20 die Buchstaben N—Z.

Für Kranke:
Freitag, den 23. d. Mts.

Es wird ausdrücklichst darauf hingewiesen, daß die Aushändigung der Milchkarte nur gegen Vorlegung der neuen Kartoffelkarte und alten Milchstammkarte erfolgen kann.

Weißenfels, den 20. Januar 1920.

Der Magistrat.

Roßfleischverkauf. Roßfleischmarke 10. Von heute mittag 2—4 Uhr die Nummern 12501—12000, 4—6 „ „ „ 13501—13500. Auf jede Marke werden 150 Gramm Gehacktes zum Preise von 60 Pfg. verabfolgt. Roßschlächter Hoffmann.

Kaufe zu hohen Preisen Kanin, Hasen-, Ziegenfelle E. Kutter, Kl. Klausstraße 6, Telephon 4932

Hasenfelle kaufen zu Höchstpreisen **Gebr. Danglowitz,** Fischerplan 2. Tel. 1178.

Apollo-Theater Täglich abends 7 Uhr: Nur noch wenige Male die Schlager-Operette **„Frl. Puck",** Rechtzeitig Plätze bestellen! In Vorbereitung: **„Eine Ballnacht",** Oskar Straus' beste Operette. Vorverk. 9—1 u. 5—7.

Im I. Wahlbezirk der Handelskammer (Stadtkreis Halle und Saalkreis) sind **Wahlen zur Handelskammer** vorzunehmen und zwar in der Wahlgruppe Industrie ein Mitglied für das wegen Ablaufes der Amtsdauer ausscheidende Mitglied, Herrn Generaldirektor Albert Kolb, Ammendorf, in der Wahlgruppe Bergbau ein Mitglied infolge Erhöhung der Mitgliederzahl dieser Gruppe um ein Mitglied, in der Wahlgruppe Großhandel drei Mitglieder, und zwar zwei Mitglieder für die infolge Ablaufes ihrer Amtsdauer ausscheidenden Mitglieder Herren Generalconsul Hermann Gittermann und Kaufmann Karl Probst in Halle und ein Mitglied infolge Vermehrung der Mitglieder auf dieser Gruppe um ein Mitglied, in der Wahlgruppe Kleinhandel zwei Mitglieder, und zwar ein Mitglied für das wegen Ablaufes seiner Amtsdauer ausscheidende Mitglied Herrn Kaufmann Oswald Weise in Halle und ein Mitglied wegen Vermehrung der Zahl der Mitglieder dieser Gruppe um ein Mitglied.

Die Listen der Wahlberechtigten dieses Bezirkes, welche für die einzelnen Wahlgruppen, Industrie, Bergbau, Großhandel und Kleinhandel besonders aufgestellt sind, werden zum Zwecke der endgültigen Feststellung in den Geschäftsräumen der Handelskammer in Halle, Franckestraße 5, während der Dienststunden in der Zeit vom 22. bis einschl. 29. Januar 1920 öffentlich ausgelegt. Einwendungen gegen die Listen können während dieser Zeit und während einer Woche nach beendeter Auslegung der Wählerlisten bei der Handelskammer angebracht werden. Die Wahlberechtigten haben das Wahlrecht in der Wahlgruppe, aus der sie durch die Handelskammer eingetragen sind, falls sie nicht während der zu Einwendungen gegen die Wählerliste bestimmten Frist begründeten Einspruch erheben.

Halle, den 19. Januar 1920.

Die Handelskammer.
Dr. Stechner. Roediger. Dr. Pfohl.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200120-10/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Referentenbesprechung nud Rednerschule. Die Genossinnen und Genossen treffen sich heute abend 7 Uhr im „Augustinerbräu", Mittelstraße. Genosse Thiele hält ein Instruktionsreferat. Um pünktliches, vollzähliges Erscheinen wird gebeten.

Die Geschichte des Sozialismus und der Sozialdemokratie. Der Vortragskursus wird am **Mittwoch, den 21. Januar,** fortgesetzt. Genosse Thiele spricht an diesem Abend über **„Die Zeit des Ausnahmegesetzes".** Der Vortrag findet ebenso wie der nächste wieder im Zinsesal des **Stadtgymnasiums** (Eingang Luisenstraße) statt und beginnt pünktlich um 8 Uhr. Die Karten von den früheren Vorträgen haben noch ihre Gültigkeit. Einzelvorträge für Mitglieder 25 Pfg., für Nichtmitglieder 50 Pfg. Alle Genossen und Genossinnen müssen diesen wichtigen Vortrag, der das interessanteste Kapitel in der Geschichte der Sozialdemokratie behandelt, besuchen. **Der Bildungsausschuß der S. P. P.**

Aus dem Stadtkreis.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Halle 20. Januar 1920.

Sitzung der Stadtverordneten am Montag, den 19. Januar.

Das in letzter Zeit so oft zitierte Motto: „Freie Bahn dem Tüchtigen" fand auch in der gestrigen Stadtverordnetensitzung Anwendung und Gehör. Der alte Zopf, umständlicher Prüfungen, bei jeder Beförderung tüchtiger Beamter in höhere Verwaltungsstellen muß abgeschnitten werden, wenn wir wirklich die Bahn für neue, bewährte Kräfte freimachen wollen. Den Kriegsteilnehmern muß selbstverständlich auch hier ein wohlwollendes Entgegenkommen bewahrt werden. Brachte dieser Punkt der Tagesordnung ein leichtes Aufflackern der Debatte, so war vorher jedenfalls nicht abzusehen gewesen, daß der harmlose Antrag: den unbesoldeten Stadträten eine monatliche Aufwandsentschädigung von 300 Mark zu zahlen die Geister so in Harnisch bringen würde. Für die Bürgerlichen lag wohl kein besonderer Grund vor, den Regen, der unter aller Kritik hinüber und herüber fliegender Kosenamen mit einer „bodenlosen Gemeinheit" zu eröffnen.

Die gewaltige Not unserer Zeit spiegelt sich in jeder Stadtverordneten-Versammlung wider. So kam es auch gestern zu einer Erörterung der Erwerbslosenfrage, die in gegenwärtig noch wenig geklärt ist. Der Ruf nach produktiver Erwerbslosenfürsorge wurde laut und fand Zustimmung. Da in nächster Zeit infolge Rohstoff- und Kohlenmangels jedenfalls mit einer gesteigerten Arbeitslosigkeit gerechnet werden muß, kam die Mitteilung vom Stadtrat Velthusen, daß sich der Magistrat mit der Vorbereitung zu umfassenden Notstandsarbeiten bereits beschäftigt, sehr gelegen. Die „bösen Dienstboten" über die sich die Hausfrauen der sogenannten besseren Kreise stundenlang unterhalten können, wurden Gegenstand einer längeren Aussprache.

Was heute allgemeines Gebrüch ist, sollten auch die „Herrschaften" wissen, daß nämlich die Dienstboten noch immer zu der gedrücktesten Arbeitnehmerschicht gehören und ihre Entlohnung (wenn dieses Wort überhaupt am Platze ist) meistens unter dem Existenzminimum steht. Darunter steht aber zweifelsohne auch die heutige Fürsorge für erwerbslose Frauen, weshalb nur zu wünschen ist, daß baldigst von Reiche entsprechende Maßnahmen hinsichtlich der Erhöhung der Unterstützungen getroffen werden. Eine vollkommene Neuregelung der gesamten Erwerbslosenfürsorge wäre jedoch noch angebrachter.

*

Der Vors. eröffnet die Sitzung und gibt einige Eingänge und Anträge bekannt. Der Verkehrsausschuß bittet um Abänderung bestehender Uebelstände im hallischen Verkehrswesen. Stv. Minner gibt dazu einige Wünsche des Ostteiles der Stadt bekannt, der bisher nur eine sehr mangelhafte Verbindung mit der durch die Bahnhofsanlagen getrennten Stadt hatte. Betreffs der baldigen Festsetzung der Lustbarkeitssteuern bittet der hallesche Wirtevverein, Sachverständige zur Erledigung dieser Frage hinzuziehen. Ein von den Unabhängigen eingereichter Dringlichkeitsantrag bittet den Magistrat, den städt. Angestellten und Arbeitern die Nebenarbeit nach Beendigung der Arbeitszeit zu untersagen, da die stellungslosen Arbeiter und Angestellten durch dieses Verhalten schwer geschädigt werden. An Stelle des ausgeschiedenen Stv. Koenen (Unabh.) wird der Stv. Otto in sein Amt eingeführt.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung werden die vom Wahlausschuß bezw. Neuwahl der Deputations- und Ausschußwahlen gemachten Vorschläge angenommen.

In das Kuratorium der Handwerker- und Kunstgewerbeschule werden für die von der Stadtverordnetenversammlung zu bestimmenden Vertreter die Herren Minner, Knautke und Rödiger gewählt.

Zwecks

Erweiterung des Säuglingsheimes

erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß die Räume der jetzigen Kinderbekleidungsstelle zur Erweiterung des Säuglingsheims Emilienheim umgestaltet und eingerichtet werden, die Kinderbekleidungsstelle aus dem Emilienheim in das 2. Stockwerk des Hauptgebäudes der Batsche-Lehmann-Stiftung verlegt. Die Kosten sollen aus Mitteln des Etats für das Jugendheim entnommen werden. Mit der Arbeit soll sofort begonnen werden.

Für die Arbeiten zur

Errichtung von Kleinwohnungen

im Hause Magdeburgerstraße 5 werden ohne Debatte 10 000 Mk. bewilligt.

Aus dem Erneuerungsfonds der Straßenbahn werden 55 000 Mk. nachbewilligt. Dafür sollen 20 Motor- und Anhängewagen mit neuem Lackanstrich versehen werden. In dem mit dem Fahrpersonal der Straßenbahn (Führer, Schaffner und Weichensteller) geschlossenen Zusatzvertrage zum allgemeinen städtischen Tarifvertrag wurde vereinbart, daß die bei der A. E. G. Stadtbahn Halle und bei der Halleschen Straßenbahn A-G zurückgelegten Dienstjahre so behandelt werden müssen, als ob sie im Dienste der Stadt Halle verbracht würden. Die Versammlung beschließt daher einstimmig, auch die früheren Dienstjahre des übrigen Personals der Straßenbahn (Oberführer, Werkstatt-, Stations- und Büropersonals) aus Gründen der Billigkeit und Gleichmäßigkeit in der gleichen Weise zu behandeln.

Das Gesuch einiger Verwaltungssekretäre um Beförderung zu Stadtsekretären ruft eine längere Debatte hervor. Der Haushaltsausschuß hat dazu den Antrag eingebracht, daß bewährte Beamte ohne die vorgeschriebene Prüfung befördert werden können.

Stv. Sorger (Dem.) führt dazu aus, daß er diese Lösung nicht für glücklich halte, da man um die Prüfung nicht ganz herumkommen könne. Er beantragt, die Gesuche und den Antrag des Haushaltsausschusses abzulehnen und den Magistrat zu bitten, die Prüfungen soweit zu erleichtern, wie nur irgend möglich. Sein Fraktionskollege Hoe wendet sich gegen diesen Antrag.

Stv. Osterburg (Unabh.) Die Tüchtigkeit der zu befördernden Beamten ist längst durch ihre Tätigkeit bewiesen und eine Anwendung der Prüfung kann ihnen nur ihr Fortkommen erschweren.

Gen. Kleeis: Mit den Vorschlägen des Herrn Sorger kann den hier in Frage kommenden Leuten gar nicht geholfen werden. Der Beschluß des Haushaltsausschusses bietet uns die beste Gelegenheit, um den Beamten zu helfen, auf der freien Bahn des Tüchtigen vorwärts zu schreiten.

Stv. Heine und Bettschreiber (Beamtenvertreter) (I) erklären ebenfalls, den Beschlüssen des Haushaltsausschusses nicht zustimmen zu können.

Stv. Gelhaar (Unabh): Um allen evtl. Unregelmäßigkeiten vorzubeugen, schlage ich vor, daß bei den einzelnen Beförderungen der Beamtenausschuß mitzuwirken hat.

Gen. Kleeis: Dieser Antrag läßt sich sehr gut mit dem des Haushaltsausschusses verbinden. Es kann dann keine Günstlingswirtschaft betrieben werden und die betr. Beamten werden über manche gefährliche und zweifelsohne unverdiente Klippe gehoben werden. Es wird dann folgender Antrag zusammengestellt:

Der Magistrat wird ersucht, bewährten Beamten ohne Einhaltung der vorgeschriebenen Prüfung, Beförderung in höhere Stellen zu gewährleisten. Der Beamtenausschuß hat bei diesen Beförderungen bestimmend mitzuwirken.

Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen, der des Stv. Sorger abgelehnt.

Es folgen

kleinere Vorlagen.

Einigen Witwen wird Erhöhung der laufenden Unterstützung gewährt.

Infolge gesteigerter Materialpreise und Erhöhung der Löhne und Gehälter der Angestellten und Arbeiter wird eine Verstärkung des Etats für Bauverwaltung und Stadtentwässerung nötig. Hierzu werden 55 000 Mark bewilligt.

Weiter wird die Stadtverordnetenversammlung ersucht, davon Kenntnis zu nehmen, daß auf Grund gesetzlicher Verstärkungen Etatsüberschreitungen in Höhe von über 282 000 Mark eingetreten sind. Mit einer weiteren Etatsüberschreitung von 400 000—450 000 Mark ist zu rechnen.

Die Position für Kinderpflege ist um 15 000 Mk. überschritten worden, zur Stärkung dieser Position werden weitere 25 000 Mk. überwiesen. Die Ueberschreitung ist auf die notwendig gewordene Erhöhung der Zahl der in Heilstätten, Ferienkolonien usw. untergebrachten Kinder als auch auf die Erhöhung der Kurkostensätze zurückzuführen. Angesichts des unzureichenden Ernährungs- und Gesundheitszustandes zahlreicher Kinder aus bedürftigen Familien sowie der erheblichen Zunahme der Tuberkulose im Kindesalter darf an Aufwendungen zur Hebung der Gesundheit der Kinder nicht gespart werden. Wie 31. März d. Js. werden vielleicht noch 8—10 000 Mk. erforderlich sein.

Es folgt ein Dringlichkeitsantrag der Unabhängigen, der abermals eine längere und oft sehr heftige Debatte zeitigt. Er lautet: Die Verfammlung wolle beschließen, daß den unbesoldeten Stadträten

eine monatliche Aufwandsentschädigung von 300 Mark

rückwirkend vom Beginn ihrer Tätigkeit bewilligt werde.

Stv. Hildebrandt (Unabh) begründet den Antrag und führt aus, daß auch die Regierung die Zahlung von Aufwandsentschädigungen auf Grund der heimlichen Verordnungen gebilligt hat (Endlich heißt Herr Hildebrandt auch mal etwas von der Regierung verfaßtes auf! D. R.) Wenn heute Leute aus den niederen Schichten in ihrer Eigenschaft als Magistratsmitglieder die Stadt vertreten sollen, so müssen sie einen über ihre Verhältnisse hinausgehenden Aufwand machen, was man im Anbetracht der heutigen Verhältnisse wohl niemand zumuten kann. Es ist richtig, daß die früheren (jetzt ganz anderen Verhältnissen lebenden) unbesoldeten Magistratsmitglieder ihr Amt ehrenamtlich versahen. Doch sind damals schon Fälle vorgekommen, wo sich solche Herren kraft ihrer Eigenschaft als Magistratsmitglied persönliche Vorteile verschafft haben. (Bodenspekulanten z. B. in Köln.)

Diese letzten Aeußerungen riefen bei den Bürgerlichen starken Widerspruch hervor, da die Bemerkungen des Redners falsch verstanden wurden. Oberbürgermeister Rive verwahrt sich gegen Anariffe auf frühere hiesige Magistratsmitglieder und Stv. Stecknerruft laut: „bodenlose Gemeinheit" in den Saal.

Stv. Hildebrandt versichert nochmals, daß er die hiesigen Magistratsmitglieder nicht gemeint hat. Doch legt sich damit der Tumult noch nicht. Es schwirren Zwischenrufe, abhängiger Art von einer Gruppe zur anderen. Stv Steckner wie Stv. Hildebrandt werden vom Vorsitzenden zur Ordnung gerufen und die Unterhaltung der beiden Parteien sinkt unter die Stadtparlamentswürde. Nachdem noch einige Stadtverordnete im unveränderten Ton zur Sache gesprochen haben, wird der Antrag dem Haushaltsausschuß zur Beratung überwiesen.

Ein weiterer Antrag der Unabhängigen, der erst aus einigen ähnlichen Anträgen umgeformt wurde, ersucht den Magistrat im Hinblick auf die große Kohlennot und der dadurch zu erwartenden Arbeitslosigkeit bei den maßgebenden Stellen für eine Erhöhung des „ortsüblichen" Tagelohngesetzes einzutreten, somit auch automatisch die Erwerbslosenunterstützung höher gesetzt werden kann. Stv. Hildebrandt begründet den Antrag.

Stadtrat Velthusen antwortet, daß diese ganze Sache gegenstandslos ist, weil schon mit der Reichsregierung und den zuständigen Leuten darüber Verhandlungen schweben. Vorläufig lassen die gesetzlichen Vorschriften eine Erhöhung der Sätze nicht zu. Leider stehen wir noch mitten in der Kohlenkrise und es ist zu erwarten, daß auch **bald die Maschinenfabriken von Halle schließen müssen,** da es an dem nötigen Schmelzkoks fehlt. Es ist also mit

größerer Arbeitslosigkeit

in der Metallindustrie zu rechnen. Bis jetzt werden nur Winterbeihilfen an den bestehenden Arbeitslosenunterstützungen gewährt. Ein verheirateter männlicher Arbeitslosier erhält dazu monatlich 150—276 Mk., eine arbeitslose verheiratete Frau 120—210 Mark. Eine weitere Erhöhung kann vielleicht durch Verhandlungen mit dem Versicherungsamt erzielt werden. Vom Reich steht eine Erhöhung der Frauen- und Kinderlöhne in Aussicht.

Gen. Kleeis: Es darf nicht verkannt werden, daß die Stadtverwaltung an die bestehenden Verordnungen der Regierung gebunden ist. Schnelle Hilfe kann nur kommen, wenn bei der Reichsregierung die schon erwähnte Erhöhung der hiesigen ortsüblichen Tagelohnsätze durchgedrückt wird. Der jetzige „Ortslohn" bedeutet den hiesigen unglaublichen Satz von 5,20 Mk. Trotzdem dürfen wir auch diesen Satz nicht eigenmächtig höher setzen, da uns hierzu jedes gesetzliche Handhabe fehlt. Wir können nur auf beschleunigte Behandlung dieser Frage durch die Regierung drängen. Es ist selbstverständlich daß den arbeitslosen Frauen dieselbe Unterstützung zuteil wird wie den Männern. Man kann in den Antrag der Unabhängigen annehmen und sehen, was dabei herauskommt. Von großer Bedeutung ist er nicht, da ja, wie Herr Velthusen schon ausführte, augenblicklich über diese Frage entscheidende Verhandlungen schweben.

Stv. Kürbs (Unabh.) schlägt vor daß, wenn es an ausreichenden Mitteln fehlt, zur Linderung der größten Not Naturalien ausgegeben werden.

Stv. Minner (Dem) verspricht sich die Lösung dieser Frage am besten durch Inanspruchnahme größerer Notstandsarbeiten. Stv. Hildebrandt stimmt dem zu.

Stadtrat Velthusen: Der Magistrat hat sich in richtiger Erkenntnis der Lage auf eine derartige Lösung schon vorbereitet. Die notwendigen Vorarbeiten für die Inanspruchnahme

umfassender Notstandsarbeiten

sind bereits abgeschlossen worden.

Auf einen recht unpassenden Ausspruch des Stv. Minner hin, entspinnt sich dann über die Hausangestelltenfrage eine sehr erregte Debatte. Herr Minner klagte im Anschluß an die Unterstützungsfrage für weibliche Arbeitslose in der bekannten Manier über die Scheu der Dienstboten und Dienstmädchen, bei der Hausfrauen Stellung zu nehmen. Von unabhängiger Seite wird ihm erwidert, daß daran vor allem die miserable Entlohnung der Hausangestellten schuld sei. Stadtrat Velthusen macht einige Ausführungen zu der Frage und betont, daß das Arbeitsamt nur nach den vertraglich festgesetzten Lohnlösten Stellen vermittelt.

Gen. Kleeis weist ebenfalls auf die außerordentlich niedrigen Löhne der Hausangestellten hin. Jedoch ist hier nicht die Schuld lediglich auf Seiten der Arbeitgeber zu suchen, sondern die Angestellten sind es, die sich eine derartige traurige Lage geschaffen haben. Die Löhne werden von Tarifgemeinschaften geregelt. Leider sind die Hausangestellten derartig schlecht organisiert, daß sie ihren Arbeitgebern fast kein Gewicht entgegenzusetzen haben. Erst wenn sich die Hausangestellten gleich den anderen Schaffenden dem Zuge der Zeit anschließen haben und stark organisiert sind, werden sie sich bessere und menschenwürdigere Verhältnisse schaffen können.

Ein Antrag der Frau Krüger, den arbeitslosen Frauen bis zur Zahlung der erhöhten Unterstützung durch das Reich einen noch festzusetzenden Zuschuß zu gewähren, wird dem Magistrat überwiesen.

Nach längeren Ausführungen des Stv. Kürbs über die Uebernahme der Wurststücke in städt. Regie, wird die Uebernahme gegen die Stimmen der Bürgerlichen beschlossen. Stv. Mangold verliest eine gegen diese Sozialisierung gerichtete Resolution der Fleischer-Innung.

Stv. Mangold bringt dann einen Antrag ein, durch den der Magistrat ersucht wird für die Stadt Halle Schweine zu mästen und sich die dazu nötigen Futtermittel von der Reichsgetreidestelle anzufordern.

Der Antrag wird nach einigen Erläuterungen des Stv. Mangold angenommen.

Hierauf Schluß der öffentlichen Sitzung.

Ein Abenteuer unseres künftigen Oberpräsidenten.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „demokratische" Saale-Zeitung (Halle a. S.) in ihrer Nr. 604 einen längeren Artikel der sich eingehend mit meiner Person beschäftigt. Ein aus dem „Oberschl. Kurier" übernommenes Gedicht soll beweisen, daß ich in Kattowitz lange nach der Polizeistunde in einer Bar gewesen bin, dort gar die Marseillaise gesungen hätte, die erbosten Gäste wären gegen mich handgreiflich geworden, und hätten mich dann hinausgeworfen!

Zur Steuer der Wahrheit habe ich hierzu folgendes zu bemerken: In Kattowitz war bekannt geworden, daß in 2 Lokale nach der Polizeistunde die Türen fest geschlossen werden und nur sogenannte „Stammgäste" bis zum frühen Morgen dort zechen, tanzen usw. Wiederholte Anzeigen schienen nicht beachtet zu werden. Gelegentlich der Schlichtung eines Streikes traten nach der Sitzung an mich eine Reihe Parteigenossen und Bürger heran die sich bitter über das Treiben in den beiden Lokalen beschwerten. Nach langen Verhandlungen erklärte ich mich bereit, selbst nachzusehen ob die Angaben stimmen. Ich lud hierzu einen älteren Parteigenossen und einen demokratischen Stadtverordneten ein und nach 12 Uhr nachts begann unsere Revision. Das erste Lokal, die „Apollo-Bar", war tatsächlich geschlossen. Wie ich später erfuhr, hatte der Wirt von meiner Absicht Kenntnis erhalten. Das „Trokadero" dagegen war offen und nach einiger Verhandlung mit dem Wirt kamen wir in das Lokal, wo es sehr lebhaft zuging, die Stimmung aber sofort umschlug. Im Lokal traf ich einen Herrn, der im Felde Offizier bei der Kompagnie war, bei der ich mich befand. Wir tauschten unsere nicht sehr angenehmen Erinnerungen aus. An einem Tisch begann man unter Begleitung von zwei Geigen ein Lied zu summen an; darüber regt sich ein Herr am Tisch neben mir auf, daß man „französische Lieder" singe. Der Aufgeregte wurde schnell beruhigt, auf mein Verlangen auch das Singen eingestellt. Meine Freunde und ich verließen darauf das Lokal. Die Polizei hatte meine Kontrolle erfahren, eilte jetzt selbst scharf mit der Kontrolle vor und beide Lokale sind geschlossen worden.

Dem „Oberschl. Kurier", einem Blatt, das erst für einen selbstständigen Bundesstaat Oberschlesien eintrat, jetzt wie behauptet wird, stark mit den Polen sympatisiert, aber immer die Sozialdemokraten und Demokraten mit Schmutz bewirft und mit mit den schmutzigsten Mitteln beschudelt hat, bleibt es vorbehalten, diese neue Lüge in die Welt zu setzen die jetzt die Runde auch durch die Provinz Sachsen macht. Welch „guten Ruf" der „Kurier" hat, geht wohl auch daraus hervor, daß als nach Erscheinen dieses „Gedichts" ich die Sache in einer Vertrauensmännerkonferenz aller Parteien Oberschlesiens zur Sprache brachte und der demokratische Stadtverordnete Griese-Kattowitz wie hier dargelegt, berichtete, die Konferenz einmütig der Meinung war, der „Kurier" liebe zu niedrig als daß man darauf antworte, denn kein Mensch nehme dies Blatt, das nur von Sensation lebt, ernst.

Ich stelle alles frei, daß ich das Lokal nur auf Verlangen kontrolliert habe, dort die Marseillaise nicht gesungen habe — ich würde mich gar nicht scheuen dies zu zugeben wenn es wahr wäre — und daß mich niemand hinausgeworfen hat.

Hörsing, Reichs- und Staatskommissar a. D., M. d. N.

Ist die Frage der Elternbeiräte eine politische Angelegenheit?

Herr E—g bringt in Nr. 7 der „Hallischen Allgemeinen Zeitung" einen Artikel unter der Ueberschrift: Der Kampf um die Elternbeiräte. Er behandelt diese Angelegenheit aber vom Standpunkt des „Nur-Zeitungsschreibers", des verordneten Dieners „seiner" Zeitung. Die Folge davon ist, daß nichts als Kritik und Verdächtigung herauskommt. — „Wer könnte von diesem Kultusminister und seinen Beratern und Antreibern etwas anderes erwarten?" In diesem Satze bekennt der obengenannte Verfasser, daß er diese Einrichtung weder vom Gesichtspunkt des Politikers, noch dem des Vaters und Fachmannes zu überzehen vermag.

Als Parteipolitiker hätte er wenigstens auf das Programm seines Brotherrn „der Deutschen Volkspartei" Rücksicht nehmen müssen. Dort heißt es: Auf den Willen der Erziehungsberechtigten ist Rücksicht zu nehmen. Je nachdem diese es fordern, ist sie simultan oder konfessionell zu gestalten." Wie kann er hierach von einer Beiseiteschiebung des Religionsunterrichts sprechen. Er stellt die Tatsachen einfach auf den Kopf. Die Elternbeiräte haben nämlich und finden auch nach der demokratischen Verfassung kein Mitbestimmungsrecht haben. Selbst wenn der Minister den Eltern ein solches Recht zuerkennen wollte, würde das nicht möglich sein. In einer solchen Ausstattung kann nur das Gesetz schreiten. Hämisch ist ein sehr vorsichtiger Mann. Vergleiche man nur einen weiteren Satz des Schulprogrammes der Deutschen Volkspartei mit den Bestimmungen. — „In allen Schulen soll ein Geist der Freiheit, der Arbeitsfreude und der Selbstverantwortlichkeit walten, den Eltern und Lehrern ein Mitbestimmungsrecht gewährt werden." — Der Ministerialerlaß gestattet den Eltern einstweilig nur „Wünsche und Anregungen" vorzubringen. Wer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200120-10/fragment/page=0005

da von „Machtbefugnissen" der Elternbeiräte redet, übt bewußt Verdrehung. Ohne gesetzliche Bestimmungen kann der Elternbeirat nie zu einer „parteipolitischen Ausbeutung" führen und Gesetze können nur von der Mitarbeit der Parlamente beschlossen werden. Verlassen wir diesen Punkt und sehen uns Herrn E—g als Erziehungsberechtigten an. —

In Erziehungsfragen sollten die Eltern dem Lehrer gleichberechtigt sein, der Lehrer ist in dieser Hinsicht Vertreter des Hauses. Diese Seite des Elternbeirates erkennt E. „bedingt" an. Die Sozialdemokraten gehen aber hier bedeutend weiter. Sie erblicken in dem Lehrer den Führer. Dieser beschäftigt sich mit den Erziehungsproblemen als einer Lebensaufgabe, und er wird in den Nöten der Zeit und des Gemeinschaftslebens das erlösende Wort für die Wegführung finden. Der Sozialdemokrat fordert daher auch von ihm Beratung, Aufklärung und Hilfe. Umgekehrt braucht der Lehrer und Erzieher die Mitwirkung der Eltern. Finden seine Ziele und Erziehungsmittel in dem Elternhause nicht die nötige Resonanz, so wird sein Bemühen ohne Frucht sein. Der Weltanschauung der Erziehungsberechtigten muß Rechnung getragen werden, sonst wird die Kindesseele zum Tummelplatz der Weltanschauungen, und die Folge wird eine Massenpsyche, wie sie jetzt in Erscheinung tritt. Wenn die Elternbeiträge einen Sinn haben, dann haben sie den „rechtzeitig Dämme" gegen solche Dinge zu errichten. — Hätte endlich Herr E—g ein wenig sachmännische Einsicht, dann müßte er nach dieser Richtung die Elternbeiträge als ein Mittel zur Volksverständigung begrüßen. Es war eine Schuld der alten Gesellschaft, daß sie nicht früher diese schwache Seite in unserer Erziehung erkannte, und daran hinderte sie vor allen Dingen der reaktionär gesinnte Teil, wozu besonders die Deutsche Volkspartei gehörte. Lächerlich wirkt in diesem Zusammenhang auch der Satz: „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft." Wer hatte denn bis zur Revolution die Jugend? — Doch der alte Staat. Warum hat er sie nicht so gezogen, daß er wenigstens die Gegenwart besitzt? Weil er für die Fragen der Erziehung nicht das nötig hatte, was für sie von den Pädagogen gefordert wurde. Die Einschätzung der Erzieher und ihres Wirkens wird über die Frage unseres Volkes auch ferner entscheiden. Die Elternbeiräte sind eine kulturpolitische Einrichtung, hoffentlich sorgen die bürgerlichen Parteien mit gleicher Umsicht für die Erziehung wie für das Geschäft, dann bleibt deutscher Geist und deutscher Gedanke gewahrt. Auch mit der Völkerversöhnung betätigt die Sozialdemokratie deutschen Geist und völkische Anlage (Siehe weiter Nr 4, der Beilage zur Volkstimme vom 6. 1. 1920)

Zum Trost kann ich Herrn E—g noch berichten, daß in Hamburg seit 1910 teilweise Elternbeiräte bestehen. Hier ein Urteil über sie: „Die Elternbeiräte haben sich als sehr rege gezeigt. Der von manchen Seiten befürchtete Mißbrauch dieser Einrichtung zu politischen Zwecken ist meines Wissens nirgends Tatsache geworden. Wohl aber ist das Verhältnis zwischen den Vertretern der Eltern und das Lehrkörpers im allgemeinen ein sehr gutes. Beide Teile haben sich gegenseitig kennen, schätzen und verstehen gelernt. Manche Lehrer, die der neuen Einrichtung zuerst mißtrauisch oder abwartend gegenüberstanden, haben ihr Demostus gefunden." — Zur Behandlung der Elternbeiratsfrage gehört — Takt — auch für Schriftsteller. Soh.

„Deutschnationale" Kunsthatz.

Ein Theater-Skandal sollte am Sonnabend bei der zweiten Aufführung der Tragödie „Das Paradies" von einigen unreifen Jünglingen, die augenscheinlich „auf Bestellung arbeiteten" inszeniert werden. Daß diese Absicht nur zum Teil gelang, ist einerseits dem energischen Auftreten der Theaterleitung, andererseits aber auch dem Publikum zu verdanken, das sich zu einer erlauchten politischen Hetze im Theater nicht gebrauchen lassen wollten. Die Worte des Intendanten Sachse vor der Vorstellung (die Leitung hatte von dem kuberten Plan Wind bekommen) daß er auf keinen Fall etwaige Störungen und Demonstrationen während der Aufführung dulden und gegebenenfalls von seinem Hausrecht Gebrauch machen werde, fanden den angeteilten Beifall von 99 Prozent der Theaterbesucher. Der erste Akt konnte auch „ohne Zwischenfall" zu Ende geführt werden. Erst im zweiten Akt bei offener Szene setzte nach den nicht in dem bekannten politischen Sinne gesprochenen Worten: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch" der Lärm einer winzigen Besucherzahl die sich besonders auf dem 3. Rang postiert hatte, ein. Während die Theaterleitung die Unterbrechung des Stückes durch Niederlassen des Vorhanges veranlaßte, klatschte das ganze Haus demonstrativ Beifall. Dadurch dürfte es den „Armen des Geistes", die mit ihrer Radauszene im Wasser gefallen waren, klar geworden sein, daß das Publikum gar nicht daran denkt, sich in seiner Meinung von einer Horde Attentäter der Kunst terrorisieren zu lassen.

Wir müssen zu diesem unerhörten Vorgang ganz ausdrücklich unsere allerschärfste Beurteilung aussprechen. Vor dem Tempel der Kunst muß unter allen Umständen die politische Leidenschaft Halt machen. Von welcher Seite aber diese Provozierung der Theaterbesucher gewünscht wurde, geht mit aller Deutlichkeit aus folgenden Zeilen der „Hallenschen Zeitung" hervor, die sie an eine Besprechung der Oper „Tristan und Isolde" anhängt. Um unsere Leser von der journalistischen Unanständigkeit dieses Prasseerzeugnisses zu überzeugen, bringen wir den ganzen Salm:

Die Aufführung der Tragödie „Das Paradies", die am Sonnabend im Stadttheater erstmalig wiederholt wurde, löste im Zuschauerraum erstmalig Lärmszenen aus. Die Vorstellung wurde des öfteren durch Rufe des Mißfallens seitens des Publikums unterbrochen. Am Schluß der Aufführung setzte Pfeifen und Zischen ein, Mundharmonikas und anderen Instrumenten wurden Mißtöne entlockt. Es mußte schließlich der eiserne Vorhang fallen. Dem Intendanten des Stadttheaters, Herrn Leopold Sachse, gelang es nur unter großer Mühe, das erregte Publikum zu beruhigen und zum Verlassen des Hauses zu veranlassen.

Jede Zeile eine bewußte Verdrehung, jeder Satz eine Lüge, die zum Himmel stinkt. Es ist unwahr, wenn darin ganz allgemein von erregten Lärmszenen im Zuschauerraum gesprochen wird. Das „Publikum", welches „kein Mißfallen" äußerte, bestand nachgewiesenermaßen aus wenigen, schon erwähnten jungen Bürschchen. Unwahr ist es weiter, wenn der „stumpfsinnige" Berichterstatter schreibt, daß es dem Intendanten „nun unter großer Mühe gelang ihn" daß dadurch die Meinung herausgeschunden werden soll, als ob „Das Paradies" einen Reinfall erlitten hätte, sei nur nebenbei erwähnt. Daß aber die Kunst zum Tummelplatz deutschnationaler Hetzpolitik verunstaltet werden soll, geht weiterhin aus einer Erwiderung auf unsere Kritik über „Das Paradies" hervor, die von dieser Blüte alldeutscher Hetzorgane unter der Spitzmarke „Lieber das Kommunistenstück" erschienen ist. Der ganze geistige Tiefstand dieser Leutchen dokumentiert sich schon daraus, daß man von jener Seite Dichtungen in ganz gemeiner Art tendenziös unter dem Gesichtswinkel deutschnationaler „Ideal"-Politik beurteilt und nicht nach dem wirklichen Kunstwert. Ja man beschränkt sich nicht einmal nur auf diese Hetze gegen das Kunstwerk, sondern versucht auch in niedrigstem Tone den Künstler selbst anzupöbeln. Den Beweis hierfür bringt ein Bericht über den Verlauf der Feier des Todestages von R. Luxemburg und W. Liebknecht, in welchem sich die „Hallesche Zeitung" zu folgendem Satz versteigt:

„Nur zum Nachdenken hinzugefügt sei, daß „Herr Krabs vom Stadttheater mit wohlausgeschulter, markanter Stimme die Geschichte Karl Liebknechts und eine Hymne auf Rosa Luxemburg von Henri Guilbaux" vortrug . . ."

Hierzu ist in der Tat Kommentar überflüssig, denn jedermann, der seine fünf Sinne beisammen hat, wird die dunkle, nichtswürdige Absicht dieses Hinweises wohl durchschauen.

An diese gemeine Hetze erzeugt sich ein Blatt, welches bei jeder Gelegenheit vom „nationalen Aufstand" des deutschen Volkes, von „sittlicher Erneuerung durch „nationalen Idealismus" usw. schreibt. Wie tief im Dreck es aber selbst sitzt, illustriert zur Genüge jede Kummer dieses Preßreptils.

Aus dem Verbreitungsbezirk.

Wohnungskommissare mit weitgehenden Vollmachten.

Das Wohnungselend wird immer größer. In vielen Städten gibt es unzählige Obdachlose, die trotz wochenlanger Bemühungen kein Unterkommen finden. Alle bisher angewandten Gegenmittel hatten keine durchgreifende Wirkung. Das Verbot des Zuzuges Fremder ist bereits von den meisten Städten eingeführt. Durch die zwangsweise Aufteilung großer sogenannter herrschaftlicher Wohnungen ist schon mancher Wohnungsloser untergebracht worden, doch genügt auch diese Maßnahme bei weitem nicht, um den Bedarf an Wohnungen zu decken.

Das beste Mittel zur Besserung der Notstände kann nur die Vermehrung der Wohnungen durch Bau von Häusern sein. Die baupläßlichste Schwierigkeit ist der Mangel und der unerhörte Preis der Baustoffe. Die Baustoffe zunächste, die entsprechend der einmütigen Entschließung des Reichstages vom 10. Mai 1918 gewährt wurden, gehen zur Neige und können nicht fortgesetzt werden. So bleibt es nur übrig, andere Maßnahmen zu ergreifen. Einen Anfang und Versuch solcher stellte die Verordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot vom 15. Januar 1919 dar.

Nach ihr sind die Landeszentralbehörden verpflichtet, für diejenigen Bezirke, in denen sich ein dringendes Bedürfnis nach Klein- und Mittelwohnungen herausstellt, zur schnellen Unterbringung obdachloser Familien Bezirkswohnungskommissare zu bestellen. Diesen liegt die Verordnung der Beschlagnahme von Wohnungen innerhalb ihres Verwaltungsbezirks ob. Sie sind mit weitgehendem diktatorisch zu nennenden Vollmachten ausgerüstet. Sie können Bauland gegen angemessene Entschädigung enteignen. An Stelle der Enteignung kann der Bezirkswohnungskommissar auch ein Zwangspachtrecht auf die Dauer von 30 Jahren oder ein Zwangserbbaurecht gewähren. Eine weitere Abwendung von Schwierigkeiten soll dadurch erreicht werden, daß der Bezirkskommissar in die Lage versetzt ist, zur Durchführung von Bau- und Siedlungsvorhaben Bereinigungen von bestehenden landesgesetzlichen Vorschriften usw. eintreten zu lassen oder selbst die erforderlichen Genehmigungen zu erteilen. Des weiteren kann der Bezirkskommissar die in seinem Bezirk belegenen Ziegeleien und ähnlichen Werke zur Wiederaufnahme des Betriebes anhalten, auch im erforderlichen Falle den Betrieb beschlagnahmen und einem Dritten übertragen. Es hat ferner das Recht, Holz, Steine und andere zur Durchführung des Bauvorhabens erforderliche Naturerzeugnisse gegen angemessene Entschädigung zu enteignen sowie alle von ihm nicht für erforderlich erachtete Bauten, insbesondere Luxusbauten, zu verbieten.

Durch eine Verordnung vom 9. Dezember 1919 sind zunächst die Befugnisse des Bezirkswohnungskommissars erheblich ausgestaltet worden. Er kann anordnen, daß die Gemeinden, Gemeindeverbände oder sonstigen Eigentümer den Anschluß an die Versorgungsnetze oder Entwässerungsanlagen unter den von ihm festzusetzenden angemessenen Bedingungen gestatten müssen. Weiter kann er die in seinem Bezirke belegenen, der Herstellung von Baumaterialien und Bauteilen aller Art dienenden Werke zur Wiederaufnahme des Betriebes anhalten, gegebenenfalls die Betriebe beschlagnahmen. Solche Werke, deren Inhaber den Vorschriften über Festsetzungen der Rohstoffpreise zuwiderhandelt oder beschlagnahmte Baustoffe der Bewirtschaftung entzogen haben, können der Verwaltung durch Dritte übertragen werden. Werden bei Neubauten, die der Herstellung von Wohnungen dienen können, die Bauarbeiten länger als sechs Monate unterbrochen, so kann der Bezirkswohnungskommissar bei schuldhaftem Verzögern oder bei Leistungsfähigkeit des Bauherrn das Baugrundstück auszusetzen der Gemeinde enteignen, sofern diese den Bau weiterführen will. Wer als Bauherr oder als Bauunternehmer den getroffenen Bestimmungen nicht nachkommt, kann mit Geldstrafe in Höhe des doppelten Werts des Bauwerkes unter Umständen mit Gefängnis bis zu 6 Monaten belegt werden.

Zeitz. Sitzung der Stadtverordneten. Nach Eröffnung der Sitzung wurden Herr Dr. Richter, Proturist Schaller, Werkmstr Herfurth (Bal.) und Frau Hoppe (U.S.) als Stadtverordnete eingeführt und vom Ersten Bürgermeister Löffler durch Handschlag verpflichtet. Vorsicher Drechsler widmete den ausgeschiedenen Herren Trötzer, Gaudlitz, Berger und Grübling einige anerkennende Worte und begrüßt deren Nachfolger. Den Bericht über die Stadtverordneten-Versammlungen für das vergangene Jahr erstattete der Vorsicher Drechsler. Es folgte die Wahl des zweiten Bürgermeisters. Stv Müller (U. S.) teilte für die Wahl- und Finanzkommission mit, daß von 66 Bewerbern 10 zur engeren Wahl vorgeschlagen wurden und von diesen nach weiterer Prüfung drei zum Vorschlag kommen und zwar Bürgermeister Poppe-Flensburg, Assessor Nerger-Zeitz und Stadtrat Dr. Schröder-Wismar (M.-S.) Stv. Sievert redete nun im Namen der Bürgerlichen und betonte, daß diese ihre Stimmen niemals dem Kandidaten der Sozialdemokraten Gen. Dr. Schröder-Wismar geben würden. Dagegen sprach er sehr für den Bürgermeister Poppe, hatte aber einzuwenden, daß dessen Gehalt jetzt schon höher sei, als das des hiesigen Ersten Bürgermeisters und empfahl daher die Wahl des dritten Kandidaten Assessor Nerger, welcher bereits im Dienste der Stadt gestanden und sich als tüchtig erwiesen habe. Stv. Müller (U.S.) bestätigte, daß sich Assessor Nerger ganz gut eingearbeitet habe, aber deshalb könne sich doch Dr Schröder genau so gut einarbeiten und außerdem seien die Auskünfte über Dr. Schröder sehr gute. Da die Sozialdemokratie im Stadtparlament die Mehrheit hat so wolle sie auch im Magistrat dementsprechend vertreten sein. Stv. Isler (Bal.) versucht dann die Auskünfte über Gen. Dr. Schröder in ein günstiges Licht zu setzen, was ihm aber nicht gelang. Dagegen hob der Vorsteher Drechsler hervor, daß sogar ein deutschnationaler Redakteur die Tüchtigkeit des Dr. Schröder anerkannt habe. Gen Abendroth wendet den Bürgerlichen, daß sie nur immer lächeln, wenn sie die praktische Erfahrung so stark in der Vordergrund rücken. Denn der von uns auserlesene Kandidat hat unzählige unter den Vorgeschlagenen die meisten praktische Erfahrung und trotzdem kämpfen die Bürgerlichen gegen ihn an, weil er Sozialist ist. Das ganze „Brattisch-Erwaltungsfähigkeits"geschrei geht in die Brüche, wenn es sich um die nackten Parteiinteressen handelt. Nachdem der bürgerliche Stv Isler einen vergeblichen Vorstoß gegen die politische Ehrenhaftigkeit des Gen. Dr. Schröder unternommen hatte, wurde zur Wahl geschritten. Von den abgegebenen 41 Stimmen entfielen auf Gen. Dr. Schröder-Wismar 22 Stimmen, Assessor Nerger-Zeitz 19 Stimmen, Bürgermeister Poppe-Flensburg — Stimmen. Somit wurde Gen. Dr. Schröder zum zweiten Bürgermeister gewählt. Die entstandenen Kosten für die Wahlvorbereitung werden nachträglich bewilligt und das Gehalt des zweiten Bürgermeisters auf 9000 M festgesetzt. Nun erfolgte die Wahl des Vorsitzenden der Kommissionen. Stv. Bleicher erklärt daß die Bürgerlichen sich an der Wahl des Vorstandes nicht beteiligen werden, worauf sich eine kurze erregte Debatte entspann. Durch den Stv. Müller (U.S) wurden die Stv. Drechsler (U.S.) als Vorsicher, Goldstein (U.S.) als Stellv. Vorsicher, Dörfer (M.S.) als 1. Schriftführer und Jähnert (U.S.) als 2 Schriftführer vorgeschlagen, die dann einzeln durch Stimmzettel gewählt wurden. In die Kommissionen wurden die alten Mitglieder wiedergewählt. Gen. Dörfer teilte betreffs Erhöhung der Gehälter der Krankenhaus-Schwestern mit, daß alle Schwestern ab 1 1 20 jährlich 1800 M. Gehalt sowie 300 Mark Teuerungszulagen erhalten sollen, desgleichen wurde der Anstellung einer Waschschwester für Krankenhaus zugestimmt. Die Kurz- und Verpflegungskostensätze des Krankenhauses werden erhöht. Der Antrag auf Aufstellung einer Akkumulatoren-Batterie für die Hombergsuhr am Wendischenberg wurde vertagt, da man die Lieferungsfirme für die Fehler haftbar machen will. Dem Magistratsantrag auf Erneuerung des Hauptkanals in der Rathmannstraße mit einem Kostenaufwand von 45 000 M wurde zugestimmt.

Meuselwitz. Verschüttet. Hier wurde in der Brikettfabrik des Wilhelmsschachtes der 21 Jahre alte Arbeiter Ballon von niedergehenden Kohlenmassen verschüttet, jedoch er den Tod durch Ersticken fand.

Dürrenberg. Politische Hetze bei Lohnbewegungen. Unter dem Deckmantel — Lohnbewegung —, gelang es die gelamte Arbeiterschaft des Baugewerbes am Sonnabend, vormittags 10 Uhr, auf die Beine zu bringen. Es ist nicht abzuleugnen, daß die Bauarbeiter, die bekanntlich Saisonarbeiter sind, nicht den Lohn erhalten, der notwendig wäre, um einigermaßen leben zu können; zumal die Bauarbeiter sehr oft wegen schlechten oder kalten Wetters die Arbeit einstellen müssen. Leider wurde darüber jedoch sehr wenig diskutiert. Die Lohnfrage wurde nur nebenbei gestreift, während der Kernpunkt der Reden sich auf die „Unfähigkeit" der Regierung aufbaute. Hämisch bemerkte der Redner, daß er nicht zum Streik aufrufen könnte, da dies mit Zuchthaus bestraft würde. Auch käme es heute weniger darauf an, ob 50 oder 100 Prozent Lohnerhöhung gefordert würden, sondern, daß die Regierung abwirtschaften muß. Erst dann käme die „große" Umwälzung, die der Masse erst ein menschenwürdiges Leben ermöglichen könne. Das jetzige Rätegesetz sei natürlich nicht wert auch nur genannt zu werden. Merkwürdig ruhig verhielten sich bei all dem Treiben die Arbeiter. Schließlich. Nachdem Genosse Fr. . . . ., Dürrenberg, die Arbeiter aufforderte, die putschistischen Streiks abzulehnen, zerpflückte er die Beweisführung des Referenten und erinnerte an die verderblichen Folgen des verflossenen Generalstreiks und was alles, vor allem den Familienvätern, noch blühen könne, wenn die „Radikalinskis" abermals Oberwasser gewinnen. An Zwischenrufen fehlte es nicht, „Roskebruder" war natürlich der erste und doch liebste. Einer der Letzten schien besonders aller Altersorgen bar zu sein. Er rief: „Kollegen verzichtet auf die Lohnbewegung, bald kommt die große Abrechnung, wartet nur noch kurze Zeit." (War das ein Bezahlter?) Die eingebrachte und entsprechend schwülstische Resolution wurde von einem Drittel der Versammelten angenommen, die Uebrigen verhielten sich passiv. Genossen im Bezirk! Man hat ein neues Mittelchen. Unter der Maske „wirtschaftlicher Streiks", sucht man die Massen in Bewegung zu setzen. Um die Arbeiterschaft allmählich wieder in die Hand zu bekommen, scheut man vor nichts zurück. Unsere Gewerkschaften müssen jetzt Schleuderbriefe für die S. P. D. inn. Die Genossen müssen mehr Mut gegen die Terroristen und Demagogen aufbringen. Alle besonnenen Elemente müssen sich zusammenschließen, um sich gegen Vergewaltigungen wehren zu können. Ueberall, wo Kollegen und Genossen auftreten und eine Lanze für unsere Sache brechen, muß denen der Rücken gestärkt werden, durch feste und zielbewußte Scharung, dann kann von der Arbeiterschaft Uebles abgewendet und dem Sozialismus Segen gespendet werden.

Wittenberg. Mitgliederversammlung. Am 16. d. M fand die fällige Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Genosse Hellige eröffnete die Versammlung und erteilte dem Genossen Knöfler das Wort zu seinem Vortrag über die neue Reichsverfassung, der in einem inhaltsreichen Vortrage die neue Verfassung beleuchtete und die Grundrechte — die sie uns gibt — darlegte. Ueber den Vortrag entspann sich eine rege Debatte. Gen Wolf verbreitete sich kurz über seine Ansichten betr. der Trennung von Staat und Kirche. Gen. Winter bedauerte, daß die Revolution noch nicht völlig mit dem verhaßten System der „Geheimräte" aufgeräumt habe. In seinem Schlußwort forderte Gen Knöfler die Anwesenden auf, an dem neuen Aufbau unseres Volksstaates mit allen geistigen und körperlichen Kräften mit zu helfen, damit die uns jetzt bedrückenden Folgeerscheinungen des zerschlagenen alten Regimes bald beseitigt werden. Im weiteren Verlauf teilte Gen. Hellige mit, daß am 30. d. M im Restaurant Bauer eine sozialistische Beamtenversammlung stattfindet. Referent ist der Eisenbahn-Oberassistent Gen Merle aus Halle. Zu dieser Versammlung müssen alle Genossen und Genossinnen erscheinen und durch rege Agitation für guten Besuch sorgen. Gen Hellige gab dann einiges über die zu gründende sozialistische Wittenberger Volkszeitung bekannt. Da alle drei sozialistischen Parteien darin vertreten sein sollen, geht die Aussprache dahin, daß nur einem solchen Experiment gewarnt wird. Genosse Buchhein verbreitet sich über Mißstände beim Austragen der Volkstimme. Es soll darauf hingewirkt werden, daß die Volkstimme auch örtliche Angelegenheiten von Wittenberg bringt. Die Pressekommission wird nun ihr möglichstes tun müssen. Gen. Winter sprach dann über Einigungsverhandlungen mit den anderen sozialistischen Parteien und meinte, daß in absehbarer Zeit der eine Einigung zustande kommen kann. Wenn auch nicht mit den Parteileitungen, so aber doch mit den Mitgliedern selbst.

Eilenburg. Mitgliederversammlung. In der am 15. d. M. stattgefundenen Versammlung sind die Genossen Eitner zum 1. Vorl., Winter zum 2. Vorl., Neupert zum Schriftführer, Weinhold als Kassierer, Kilian und Pradla zu Beisitzern einstimmig gewählt worden. Genosse Neupert erstattet Bericht über die Anweisungen von Halle betr. künftige Agitation. Der uns überwiesene Bezirk ist in eine größere Anzahl kleinere Bezirke eingeteilt worden. Zur Hebung unserer Presse und Mitglieder sind verschiedene Wege angebahnt. Die Lebensmittelausgabe soll in der Volkstimme veröffentlicht werden. Beim Friseur Schiele, Marktplatz liegt die Volkstimme aus. Die nächste öffentliche Mitgliederversammlung, in der Gen Pikard-Halle über die Verfassung sprechen wird, findet am Freitag, den 30. Jan. abends 7½ Uhr im Deutschen Hof statt.

Aus aller Welt.

Pirna, 19. Jan. Explosion. Am Neubau des Gasbehälters des Mügelner Gaswerks ereignete sich heute morgen 20 Minuten nach Aufnahme der Arbeit eine schwere Explosion. Das ganze Dach des noch unfertigen Eisenbaus wurde etwa drei Meter hochgehoben und stürzte dann zurück. Die auf der Galerte stehenden Leute wurden durch den Luftdruck herabgeschleudert und erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Insgesamt waren den 21 Mann verletzt, von denen einer kaum mit dem Leben davonkommen dürfte. Der Betrieb des Gaswerks wird durch den Unfall nicht berührt.

Magdeburg, 19. Jan. Hochwasser der Elbe. Fast bei östlich der Elbe gelegenen Dörfer besteht große Hochwassergefahr. Für die nächsten Tage ist über in Magdeburg ein Wasserstand von 5,45 Meter zu erwarten, das sind 10 Zentimeter weniger als bei 5 in Magdeburg zur Feststellung gekommen ist. Die Schiffahrt ist sehr stark behindert.

Berlin. Plünderung des Döberitzer Uebungsplatzes. „Voss. Ztg." und „Lok.-Anz." berichten, daß ähnliche Diebstähle wie auf dem Truppenübungsplatz Jüterbog und auf dem Schießplatz Tegel, auch auf dem Döberitzer Uebungsplatz vorgekommen sind.

Beuthen, 19. Jan. Ganz Oberschlesien ohne elektrisches Licht. Infolge einer plötzlichen Störung im elektrischen Kraftwerk Czarcow herrscht in ganz Oberschlesien Dunkelheit. Wie lange die Störung anhält, läßt sich zurzeit nicht übersehen.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Max Seydewitz, für Lokales, dem Stadtkreis, und Gewerkschaftsleben: Willy Lauzke für „Aus dem Verbreitungsbezirk" K. Garbe, für den Anzeigenteil: Wilhelm Heizig, sämtlich in Halle. Druck und Verlag der Volkstimme G. m. b. H. zu Halle, Ulrichstraße 21.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200120-10/fragment/page=0006